

SÜDWESTGRÜN

RUNDBRIEF DER BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN GRÜNEN IM BUNDESTAG

LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE,

noch vor einem Jahr war beides kaum vorstellbar: die Klimakrise bekommt endlich die Aufmerksamkeit, die sie dringend braucht, vor allem Dank den jungen Menschen von Fridays For Future. Und wir Grünen erfahren bundesweit Zustimmungswerte wie noch nie. Denn die Menschen wissen, dass Klima-, Umwelt- und Artenschutz feste Bestandteile unserer grünen Partei-DNA sind. Alle anderen kupfern da nur hektisch und halbherzig ab.



Diesen Schwung nehmen wir mit in die nächsten Wahlen auf Bundes- und auf Landesebene! In Baden-Württemberg wird unser bester grüner MP aller Zeiten 2021 ein weiteres Mal antreten. Die Zustimmung zur jetzt schon seit acht Jahren erfolgreichen grünen Regierungsarbeit steigt weiter und liegt nochmal deutlich über unseren Bundes-Werten. Die anderen Parteien inklusive Ex-Platzhirsch CDU haben dem wenig entgegenzusetzen.

Wir haben uns gut aufgestellt für die anstehenden Herausforderungen in Bund und Land. Im neugewählten Landes-Parteirat vertreten Agnieszka und ich die Landesgruppe der Bundestagsfraktion. In der Bundestagsfraktion wurden Katrin und Toni erneut als Fraktionsvorsitzende gewählt. Dieses Mal gab es mit der Kandidatur von Cem Özdemir und Kirsten Kappert-Gonthier tatsächlich eine echte (Aus-)Wahl und das war gut und richtig so. Gratulation deshalb nicht nur an Katrin und Toni, sondern an alle vier KandidatInnen! Und danke an Kirsten und Cem für ihr Angebot! Insbesondere Cems Kandidatur war auch ein weiterer Beleg für unsere in jeder Hinsicht starke Landesgruppe. Mit Anna, Danyal, Franziska und mir stellen wir als Landesgruppe auch vier von fünf grünen MdB in der neu gegründeten Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung, die jetzt in Berlin zum zweiten Mal getagt hat.

Ein weiterer Wechsel in der Landesgruppe steht bevor: Unsere langjährige BW-Spitzenkandidatin aus Freiburg, Kerstin Andreae, legt Ende Oktober ihr Mandat nach 17 Jahren im Bundestag nieder und wechselt zum Energieverband BDEW. Für sie rückt Charlotte Schneidewind-Hartnagel nach, wodurch erstmals auch der Wahlkreis Odenwald-Tauber direkt im Bundestag vertreten ist. Danke Kerstin, für viele Jahre wirtschaftspolitische Kompetenz und Engagement – und viele grüne Impulse für den neuen Job! Und herzlich willkommen und einen guten Start bei uns, liebe Charlotte!

Spannende Lektüre wünscht

KERSTIN ANDRAE

Nachhaltigkeits- und
Innovations-Champions **2**

DANYAL BAYAZ

Investitionen vs. „schwarze Null“ **4**

FRANZISKA BRANTNER

Die neue Europäische Epoche **6**

AGNIESZKA BRUGGER

BMVg: Neustart oder alte Leier? **8**

ANNA CHRISTMANN

Engagement on Tour **10**

HARALD EBNER

Heiße Luft im Herbst **12**

MATTHIAS GASTEL

E-Scooter & Nachtzüge **14**

SYLVIA KOTTING-UHL

Desaster deutsche Klimapolitik **16**

CHRIS KÜHN

Auf Zukunft bauen **18**

BEATE MÜLLER-GEMMEKE

Arbeitsmarktpolitik: Bundes-
regierung im Pausenmodus **20**

CEM ÖZDEMİR

Warum das Fahrrad
ein Gewinnertyp ist **22**

MARGIT STUMPP

Medienvielfalt & Pressefreiheit **24**

GERHARD ZICKENHEINER

Europa, Klimaschutz &
Nachhaltigkeitsagenda 2030 **26**



KERSTIN ANDRAE

SPRECHERIN FÜR WIRTSCHAFTSPOLITIK

WWW.KERSTIN-ANDRAE.DE

Tel. 030 / 227- 71480, Fax 030 / 227- 76481, kerstin.andrae@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Rehlingstr. 16a, 79100 Freiburg

Tel. 0761 / 888 67 13, Fax 0761 / 888 67 14, kerstin.andrae.ma04@bundestag.de

NACHHALTIGKEITS- UND INNOVATIONS- CHAMPIONS FÜR EINEN STARKEN STANDORT

Spätestens seit Altmaiers ersten industriepolitischen Vorstoß wird diskutiert, ob Deutschland und Europa industrielle Champions brauchen. Auf der einen Seite wird behauptet, dass nur einheimische Giganten den Riesen aus Übersee Paroli bieten könnten. Auf der anderen Seite wird der Wettbewerb auf dem heimischen Markt als Stärke herausgestellt. Unterm Strich kann es nicht um schiere Größe gehen. Auf die Definition von Champions kommt es an.

Die Industrie, die Große und die Mittelständische, bildet das Fundament des Wohlstands in Europa. Um sie zu erhalten und zu stärken, müssen politische Antworten auf die Herausforderungen Digitalisierung, Klimakrise, demographische Entwicklung und auf die aggressiven Strategien Chinas und der USA gefunden werden. Das zumindest hat auch Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier erkannt und deshalb eine „Nationale Industriestrategie 2030“ entworfen. Bedauerlicherweise liefert er darin aber viele falsche Antworten.

INNOVATIONEN MIT GESELLSCHAFTLICHEM MEHRWERT

Eines der größten Mankos ist, dass Altmaier Champions als Großkonzerne versteht. Er listet zudem konkret Unternehmen auf, die er als schützenswert betrachtet. Das ist Bestandswahrung, die Möglichkeit neuer Champions kommt in diesem Denken nicht vor. Dafür ist die Gefahr real, dass Giganten monopolartige Strukturen schaffen und den Wettbewerb – und damit unsere Wirtschaft – schwächen. Eine grüne Strategie muss vielmehr auf Nachhaltigkeits- und Innovations-Champions setzen, die aufgrund neuer Produkte und Angebote global Märkte erobern.

Innovationen sind die Antwort auf die großen Herausforderungen. Nicht Innovation als Selbstzweck, sondern Ideen für Produkte und Produktionsverfahren, die einen gesellschaftlichen Mehrwert wie den Schutz der Umwelt durch effizienteren Ressourceneinsatz und die Vermeidung klimaschädlicher Emissionen bieten.

VIelfALT IM WETTBEWERB

Innovativ zu sein, ist eine Stärke unserer Industrie. Um Innovationen anzuheizen, brauchen wir Ideen und unternehmerische Vielfalt. Wenn wir auf monopolartige Giganten setzen, berauben wir uns unserer Stärke. Wir beschneiden so den Wettbewerb auf dem eigenen Markt und hemmen unsere Innovationskraft. Denn Champions im Sinne Altmaiers entstehen durch Fusionen, und es ist erwiesen, dass die Innovationstätigkeit von Unternehmen nach Zusammenschlüssen nachlässt. Zudem zeigen Beispiele wie Bayer/Monsanto, dass nicht jede Fusion hält, was sie verspricht.

Wer behauptet, nur Giganten könnten im Wettbewerb auf Drittmärkten gegen Konkurrenten aus den USA oder China bestehen, der ignoriert, dass solche Zusammenschlüsse längst möglich sind – wenn sie den Wettbewerb bei uns nicht schwächen. Das muss allerdings unsere Grundbedingung bleiben, denn im Wettbewerb entstehen die Innovations-Champions, die unsere Wettbewerbsposition stärken.

NACHHALTIGKEIT ALS MARKT DER ZUKUNFT

Wenn wir Innovationsmotor sein wollen, müssen wir den Fokus auch auf den industriellen Mittelstand und Startups legen. Deutschland ist stark bei Hidden Champions. Europa braucht viele davon. Wir müssen den Fokus auf die Märkte der Zukunft legen: Künstliche Intelligenz und Nachhaltigkeit. Die Klimakrise ist unsere bedrohlichste Herausforderung – eindämmen können

NACHHALTIGKEITS- UND INNOVATIONS-CHAMPIONS FÜR EINEN STARKEN STANDORT



wir sie nur mit einer innovierenden Wirtschaft. Verknüpfen wir Innovationen und Digitalisierung mit Klimaschutz verknüpfen, bedienen wir die Märkte der Zukunft. Gelingt uns das schnell, können wir Vorreiter werden und schaffen Raum für die Innovations- und Nachhaltigkeits-Champions, die unseren Standort stark machen.

ÖKOLOGIE INS ZENTRUM DER ÖKONOMIE

Unsere Fraktion hat eine industriepolitische Strategie vorgeschlagen, die solche Champions fördert und die Ökologie ins Zentrum der Ökonomie bringt. Eine von vielen Maßnahmen muss sein, CO₂-Emissionen einen Preis zu geben, um Anreize für Innovationen zu setzen, die wirtschaftlichen Erfolg und Klimaschutz vereinen. Die dabei entstehenden Produktionsverfahren und Produkte haben gute Chancen, zu Exportschlägern zu werden.

Unser Ansatz sieht einen europaweiten CO₂-Mindestpreis innerhalb des Emissionsrechte-Handels (ETS), attraktive Investitionsbedingungen für energieeffiziente und CO₂-mindernde Innovationen, verbesserte Anforderungen an Energie- und Ressourceneffizienz und die Förderung industrieller Leuchtturmprojekte vor. Wir wollen durch ordnungsrechtliche Leitplanken und öffentliche Auftragsvergabe Angebot und Nachfrage für neue Technologien stimulieren, Sprunginnovationen fördern und Investitionen in bahnbrechende Technologien entlang klar definierter Missionen tätigen. Solche Missionen könnten ein emissionsfreier Flugverkehr oder eine klimaneutrale Stahlproduktion sein.

SELBSTBEWUSST AGIERENDER STAAT

ASolch eine Strategie erfordert einen selbstbewusst agierenden Staat. Es ist zum Beispiel ein Mythos, dass die Giganten im Silicon Valley allein Innovationen wie

Internet oder Smartphones geschaffen haben. Die Ökonomin Mariana Mazzucato hat in ihrem Buch „Das Kapital des Staates – eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum“ dargelegt, dass dahinter ein aktiver Staat stand. In Europa können und müssen wir daraus lernen.

Viele Unternehmen sind in Sachen Nachhaltigkeit viel weiter als die politischen Entscheidungsträger. Wir sollten sie animieren, dass sie aktiv und lautstark auf Rahmenbedingungen für die Entstehung neuer Innovations-Champions dringen, Unterstützung bei Investitionen in Forschung und Entwicklung einfordern – und auch selbst ehrgeizig neue Projekte wagen. Das ist in ihrem eigenen Interesse. Und es ist im Interesse des gesamten Standorts. Europa braucht Champions – echte Champions, die auf den Märkten der Zukunft bestehen.

KERSTIN ANDREAE IN EIGENER SACHE

Nach 17 Jahren im deutschen Bundestag für Bündnis90/Die Grünen habe ich mich – trotz der derzeit spannenden und aussichtsreichen politischen Zeiten – entschieden, eine neue Herausforderung anzunehmen und zum 1. November 2019 den Vorsitz der Hauptgeschäftsführung beim Bundesverband der Energie und Wasserwirtschaft (BdEW) zu übernehmen. Die Entscheidung habe ich mir nicht leicht gemacht und sie ist mir auch nicht leicht gefallen.

Ich bin immer dafür eingetreten, eine Verbindung von Ökologie und Ökonomie zu erreichen und Wirtschaft und Politik zusammenzudenken. Dafür werde ich mich auch in meiner zukünftigen Rolle einsetzen und meinen Beitrag leisten, damit die Rahmenbedingungen für eine Energiewende bei gleichzeitiger Sicherung der Energieversorgung unseres Industriestandortes entstehen.



DR. DANYAL BAYAZ

STARTUP-BEAUFTRAGTER

WWW.DANYAL.EU

Tel. 030 / 227-77247, Fax 030 / 227-70247, danyal.bayaz@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Schlossstraße 4, 68723 Schwetzingen
Tel. 07251 / 327 62 77, danyal.bayaz.wk@bundestag.de

INVESTITIONEN SIND WICHTIGER ALS DAS SYMBOL „SCHWARZE NULL“

Unser Wohlstand und die Möglichkeiten künftiger Generationen sind durch eine marode Infrastruktur und ausbleibende Zukunftsinvestitionen gefährdet. Beim Zugang zu schnellem Internet sind wir im OECD-Vergleich am Tabellenende. Für das Megathema Künstliche Intelligenz sieht die Bundesregierung bis 2023 gerade mal eine Milliarde Euro vor. Deutschland investiert pro Kopf deutlich weniger in sein Schienennetz als etwa Österreich oder die Schweiz. Bei jeder achten Brücke an Bundesstraßen und Autobahnen ist die Sicherheit beeinträchtigt. Allein die Kommunen gaben 2018 einen Investitionsrückstand von 159 Milliarden Euro an. Selbst die schwäbische Hausfrau würde nicht stur auf einer „schwarzen Null“ beharren. Schon gar nicht die schwäbische Unternehmerin. Sie weiß, dass kluge Investitionen von heute das Vermögen von morgen sind. Es macht einen Unterschied, ob Ausgaben dem Konsum dienen (hier muss die Schuldenbremse greifen) oder als gezielte Investitionen in die Infrastruktur, in Klimaschutz und ökologische Modernisierung, in Bildung und Forschung eine Rendite einbringen.

Wir sollten die Schuldenbremse daher mit einer Investitionsregel ergänzen, wie ich in einem Papier mit Anja Hajduk (<https://gruenlink.de/1nll>) fordere. Der Bedarf an Investitionen ist immens. Die Chancen sind es auch. Allerdings auch das Risiko, wenn wir diesem Investitionsbedarf nicht nachkommen. Diese Investitionen müssen nicht, können dann aber über Kredite finanziert werden, gerade angesichts Niedrigzinsen. Ebenso durch Überschüsse oder Umschichtungen im Haushalt. Schließlich wird das widersinnige Baukindergeld rund zehn Mrd. Euro kosten, die städtischen Wohnungsmärkte jedoch nicht entspannen. Auch könnten wir umweltschädliche

Subventionen von mehr als 50 Milliarden Euro pro Jahr endlich zurückführen.

Die Bedeutung gezielter Investitionen reicht weit über die Symbolpolitik der „schwarzen Null“ hinaus. Es geht darum, ob wir auch morgen Lebensqualität erwirtschaften, ob wir Innovationen schaffen und die Klimakrise durch ökologische Modernisierung bewältigen.

INNOVATION FÖRDERN DURCH STEUERLICHE ANREIZE

Was ist Innovation? Der Publizist Wolf Lotter gibt darauf eine wunderbare Antwort: Innovation ist Anlass für die Hoffnung, dass es besser wird! Für uns Grüne bedeutet das: Innovation sichert eine Zukunft, in der wir gut leben können, wirtschaftlich stark bleiben und zugleich Ressourcen geschont werden.

Menschen brauchen vor allem Freiräume und ein inspirierendes Umfeld, um neue Ideen zu entwickeln und umzusetzen. Steuerliche Anreize können helfen, ein solches Umfeld zu schaffen. Die Bundesregierung hat nun ein Gesetz zur steuerlichen Forschungsförderung, das wir nun im Bundestag behandeln. Gemeinsam mit Anna Christmann (<https://gruenlink.de/1nlm>) habe ich das Gesetz näher unter die Lupe genommen. Leider weist der Gesetzentwurf der Bundesregierung Lücken auf und könnte Wissenstransfer sogar behindern statt erleichtern.

Anstatt auf die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) zu fokussieren, wie wir es in unserem grünen Gesetzentwurf (<https://gruenlink.de/1nlm>) getan haben, plant die Bundesregierung das Geld allen zur Verfügung zu stellen. Bei großen und ohnehin forschungsaktiven Unternehmen wird die Förderung von maximal einer halben Million Euro Fördersumme verpuffen. Eine kluge Innovationspolitik hat KMU im Blick, deren Innovationsquote sich im Vergleich zu Großunternehmen in den letzten Jahren weiter verschlechtert hat. Untersuchun-

INVESTITIONEN SIND WICHTIGER ALS DAS SYMBOL „SCHWARZE NULL“



gen in anderen OECD-Ländern zeigen, dass sie durch eine Forschungszulage zu zusätzlichen FuE-Investitionen (Forschung und Entwicklung) ermuntert werden. Es sind auch Mittelstand und Startups, die besonders stark von Kooperationen mit Forschungsinstitutionen profitieren, da sie sich eine eigene Forschungsabteilung oftmals nicht leisten können. Mit der vorliegenden Regelung zur Auftragsforschung behindert die Bundesregierung aber genau diese Zusammenarbeit, statt sie zu fördern. Wo mehr Offenheit notwendig wäre, legt Finanzminister Olaf Scholz den KMU Steine in den Weg. Da Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen aufgrund ihrer Gemeinnützigkeit keinen Steuervorteil erhalten, bleibt die Forschungsförderung für sie völlig unwirksam und kann auch nicht an das kooperierende Unternehmen weitergegeben werden. Unternehmen bekommen so einen Anreiz, Forschung lieber in der eigenen Abteilung statt durch externe Stellen zu betreiben – dabei können sich viele weder das eine noch das andere leisten. Das Ziel, den Transfer von wissenschaftlichen Erkenntnissen in die wirtschaftliche Praxis zu fördern, wird so konterkariert.

Erkannt hat die Bundesregierung immerhin, dass die steuerliche Forschungsförderung als auszahlbare Zulage zu gewähren ist, wie wir es seit langem vorschlagen. Gerade Startups als junge innovative Unternehmen, die aufgrund ihrer kurzen Existenz und hoher Startinvestitionen häufig in der Verlustzone agieren und daher keine Steuern zahlen, profitieren so. Dies ist auch ein Schritt gegen die Gründungsmüdigkeit in der Bundesrepublik. Auch die vorgeschlagene Vorab-Zertifizierung von FuE-Aufwendungen kann, wenn sie rechtssicher ausgestaltet ist, positiv wirken. Sie schafft Planungssicherheit für Unternehmen, sofern sie auch bei Betriebsprüfungen nicht in Frage gestellt werden kann. Aber es kommt hier auf die genaue Ausgestaltung

an. Eine neue Bürokratiekeule würde den Nutzen des Gesetzes minimieren.

Nun ist es am Parlament, die steuerliche Forschungsförderung im Gesetzgebungsprozess zu einem Instrument zu machen, das in den Unternehmen tatsächlich Freiräume für Innovation schafft sowie die Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft stärkt. Denn auch das macht Wolf Lotter in seiner Streitschrift für barrierefreies Denken klar: „Innovationsarme Gesellschaften sind auch materiell arm. Wer den Fortschritt nicht hineinlässt, schadet allen.“ Ein Gesetz, das in Unternehmen tatsächlich Freiräume für Innovationen schafft und damit der ganzen Gesellschaft nützt – darum geht es..

DEZENTRALE DATENPOOLS – EUROPAS CHANCE IN DER PLATTFORMÖKONOMIE

Eine weit verbreitete These lautet, der Zug für Europa in Sachen Plattformökonomie sei abgefahren: Das Geschäft machen die Tech-Giganten aus Kalifornien und China. Wir sagen, dass Deutschland und Europa große Chancen in der digitalen Ökonomie haben, insbesondere bei der Digitalisierung der Industrie. Wir müssen diese aber auch ergreifen. Statt auf Datenmonopole zu setzen, sollten wir kooperative und dezentrale Datenpools entwickeln, mit neutralen Intermediären als Treuhänder, wie ich in einem Diskussionspapier mit Dieter Janecek (<https://gruenlink.de/1nlo>) fordere.

Als vertrauenswürdige Datentreuhänder kommen für uns sowohl staatliche als auch nicht-staatliche Akteure in Betracht. Der Staat muss endlich seinen umfangreichen Datenschatz zur Verfügung zu stellen und somit als Katalysator für Datenpools fungieren. Erfolgsbeispiele, wie dies funktionieren kann, gibt es bereits auf regionaler Ebene – beispielsweise in Amsterdam, Barcelona oder in Darmstadt.



DR. FRANZISKA BRANTNER

PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN
SPRECHERIN FÜR EUROPAPOLITIK

WWW.FRANZISKA-BRANTNER.EU

Tel. 030 / 227-73096, Fax.030 / 227-76094, franziska.brantner@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Bergheimerstr. 147, 69115 Heidelberg

Tel. 06221 / 914 66 20, franziska.brantner.ma04@bundestag.de

DIE NEUE EUROPÄISCHE EPOCHE: CHANCE UND VERPFLICHTUNG, MEHR FÜR EUROPA ZU TUN

In der letzten Ausgabe habe ich an dieser Stelle geschrieben:

„Unsere Zukunft werden wir nur in der eigenen Hand haben, wenn wir das Europäische Versprechen erneuern und einlösen. Das geht, wenn es in Europa fairer zugeht, wenn Europa seine Bürgerinnen und Bürger stärkt und schützt und nicht Big Business. Das geht, wenn Europa endlich auf die Herausforderungen von Asyl und Migration mit Humanität und Ordnung reagiert. Das geht, wenn Europa massiv in unsere gemeinsamen europäischen öffentlichen Güter investiert, den Klimaschutz, eine europäische Digitalisierung, eine nachhaltige und moderne Mobilität, in innere und äußere Sicherheit.“

WAS HAT SICH SEITDEM VERÄNDERT?

- Europa hat im Mai ein neues Parlament gewählt.
- Die neue Präsidentin Ursula von der Leyen hat die neue Europäische Kommission vorgestellt.
- Boris Johnson verstärkt das Brexit-Chaos und versucht Europa zu schaden.

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT: GRÜNE WELLE DURCH EUROPA

Unsere neuen 21 Abgeordneten können dank des grünen Rekordergebnisses von 20,5 Prozent in Deutschland jetzt im Europaparlament noch stärker für ein nachhaltigeres, faireres und demokratischeres Europa kämpfen! Ich freue mich sehr, dass Baden-Württemberg und die Grünen durch Anna Deparnay-Grunenberg und Michael Bloss im Europaparlament vertreten werden. Keine andere Partei in Baden-Württemberg hat so stark zugelegt

wie wir GRÜNEN. Dass dies auch Ergebnis einer klugen und besonnen Grünen Landespolitik ist, steht außer Zweifel.

DIE NEUE EUROPÄISCHE KOMMISSION: URSULA VON DER LEYEN MUSS PRO-EUROPÄISCHE MEHRHEITEN LIEFERN

Ursula von der Leyen ist die Spitzenfrau in Europa. Es ist toll, dass wir zum ersten Mal eine Frau an der Spitze der Europäischen Union sehen. Ursula von der Leyen hat am 10. September ihr neues Team vorgestellt. Deutschland wird mit dieser Kommission, die von einer Deutschen geleitet wird, in Europa identifiziert werden. Als bevölkerungsreichste Nation mit der größten Wirtschaftsstärke in Europa wird Deutschland eine Führungsrolle von seinen Nachbarn zugeschrieben. So wird auch der deutsche Ruf in Europa mit Ursula von Leyen gewinnen oder verlieren. Wir Deutschen müssen aufhören, in der neuen Kommissionschefin die alte, streitbare CDU-Politikerin zu sehen. Von der Leyen hat jetzt die Aufgabe, gerade beim Klimaschutz, zu liefern und alle Europäer und Europäerinnen mitzunehmen.

Von der Leyen wird in Brüssel keine Schonfrist haben. Sie hat sich vorgenommen, in den ersten hundert Tagen ihrer Amtszeit einen „Green Deal für Europa“ vorzulegen. Dafür will sie eine Klimaschutzbank gründen, die Investitionen über 1000 Milliarden Euro in den nächsten zehn Jahren auf den Weg bringen soll. Der europäische Rechnungshof hat das Zehnfache an Investitionen verlangt, um die europäischen Klimaziele zu erreichen.

Die für sie wichtigste Unterstützung dafür muss von der Bundesregierung kommen. Steht die Kanzlerin und die deutsche Regierung nicht hinter der Kommissionsche-

DIE NEUE EUROPÄISCHE EPOCHE

CHANCE UND VERPFLICHTUNG, MEHR FÜR EUROPA ZU TUN



fin, verliert diese in Europa schnell Macht und Einfluss. Berlin muss sich auf überzeugende Weise hinter von der Leyens angekündigte Klimapolitik stellen und eine ambitionierte Umsetzung einfordern und unterstützen. Vor allem ihr 1000-Milliarden-Euro-Plan, der ohne deutsches Engagement ein leeres Versprechen ist, bedarf des ausdrücklichen Zuspruchs der Kanzlerin. Bleibt er aus, so wie es angesichts der verzagten Klima-Debatte in der CDU und der Schwarzen Null von Olaf Scholz derzeit aussieht, wäre von der Leyen als Kommissionschefin von Anfang an gehandicapt. Das darf nicht passieren. Die neue Kommission unter deutscher Führung ist Chance und Verpflichtung für uns alle mehr für Europa zu tun. Dazu kommt: ab dem 1. Juli 2020 wird Deutschland die europäische Ratspräsidentschaft übernehmen und die ersten großen Vorhaben der neuen Kommission verhandeln. Dabei muss Deutschland alles geben, um den Klimaschutz, die Digitalisierung und die Rechtsstaatlichkeit in ganz Europa entscheidend voranzutreiben.

FRIEDENSPROJEKT EUROPA TROTZ BREXIT

Für das Friedensprojekt Europa hat der Frieden in Nordirland oberste Priorität. Das ist nicht "hart", sondern vernünftig. Die EU ist Großbritannien schon extrem weit entgegengekommen, denn der Austrittsvertrag sieht beispielsweise schon jetzt große Lücken im Bereich der Umwelt- und Sozialstandards oder dem Verbraucherschutz vor. Boris Johnson will den Backstop nicht, weil Großbritannien ihn nicht einseitig auflösen kann. Der Backstop ist aber eine Notfall-Lösung: Wenn nach der vereinbarten Übergangsfrist kein Abkommen zu den zukünftigen Beziehungen zustande gekommen sein sollte, greift der Backstop. Der Backstop ist quasi die Friedensgarantie für Irland, sollten sich Großbritan-

nien und die EU auf nichts einigen können. Die beste Lösung bleibt also ein vernünftig verhandeltes, für beide Seiten faires und umfassendes Zukunftsabkommen.

Für die baden-württembergischen Unternehmen ist Großbritannien einer der wichtigsten Handels- und Kooperationspartner. Es gilt für die baden-württembergische Wirtschaft in allen kommenden Schritten mit größtmöglicher Transparenz und Rechtssicherheit vorzugehen, um Planbarkeit in den Handelsbeziehungen zu Gewähr leisten und den drohenden Schaden durch das Ausscheiden Großbritanniens aus der Union so klein wie möglich zu halten. Von panischem Aktionismus sollten wir uns nicht anstecken lassen. Das Motto der Stunde für die EU und auch für uns im Südwesten lautet: Nerven behalten und zusammenstehen.

ZUKUNFT EUROPA

„Unsere Zukunft werden wir nur in der eigenen Hand haben, wenn wir das Europäische Versprechen erneuern und einlösen.“

Das geht mit pro-europäischen Mehrheiten in einem neuen Europäischen Parlament, in dem die grüne Europagruppe in den kommenden Jahren für einen echten Green New Deal kämpft.

Das geht, wenn Ursula von der Leyen ihre Versprechen einlöst und die Bundesregierung sie dabei nicht im Regen stehen lässt.

Das geht, wenn die Europäische Union sich nicht vom Harakiri-Kurs des britischen Premiers auseinander treiben lässt.

Dafür setze ich mich auch weiterhin in Heidelberg, in Baden-Württemberg, in Berlin und in Europa ein.



AGNIESZKA BRUGGER

STELLVERTRETENDE FRAKTIONS-VORSITZENDE

WWW.AGNIESZKA-BRUGGER.DE

Tel. 030 / 227-71570, Fax 030 / 227-76195, agnieszka.brugger@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Rosenstraße 39, 88212 Ravensburg,

Tel. 0751 / 359 39 66, Fax 0751 / 359 39 67 agnieszka.brugger@wk.bundestag.de

WECHSEL IM VERTEIDIGUNGS-MINISTERIUM – ECHTER NEUSTART ODER ALTE LEIER?

Der Sommer hat uns eine überraschende Personalrochade mit einer neuen EU-Kommissarin und einer neuen Verteidigungsministerin beschert. Annegret Kramp-Karrenbauer erbt eine ganze Reihe von Problemen und Skandalen. Denn ihre AmtsvorgängerInnen erlagen zu oft der Versuchung, die Bundeswehr als Kulisse für ihre Selbstinszenierung zu nutzen. Dieses schwierige Amt ist aber zu wichtig, um als eine Durchgangsstation auf dem Weg hin zu höheren Aufgaben benutzt zu werden. Eine echte Reform des Beschaffungswesens, kluge Prioritäten und zukunfts-feste Strukturen in der Bundeswehr bleiben schon viel zu lange auf der Strecke.

Diese Herausforderungen muss die neue Ministerin mit ganzer Kraft annehmen und dafür habe ich ihr in meiner Rede in einer denkwürdigen Sondersitzung des Bundestages mit Blick auf die Menschen der Bundeswehr alles Gute gewünscht. Sie haben nach den letzten Jahren eine solide Problemlöserin verdient, die sich den immensen Schwierigkeiten der Bundeswehr widmet und dabei die Soldatinnen und Soldaten wieder mitnimmt. Leider hat die neue Verteidigungsministerin als erstes aber die gefühlt hundertste Runde im sinnlosen GroKo-Streit um das Zwei-Prozent-Ziel der NATO angezettelt.

Der Verteidigungshaushalt ist von 2014 bis 2019 von 32 Milliarden auf über 43 Milliarden Euro angewachsen und die Probleme sind definitiv nicht kleiner geworden. Gerade in diesen schwierigen Zeiten und nach dem Zusammenbruch des INF-Abrüstungsvertrags bedeutet nicht mehr Geld fürs Militär mehr Sicherheit, sondern es braucht Ideen für Rüstungskontrolle, Abrüstung und Dialog. setzen.

RECHTE VERBINDUNGEN IN DEN SICHERHEITS- BEHÖRDEN – HINSEHEN, AUFLÄREN UND KONSEQUENZEN ZIEHEN

Vor Annegret Kramp-Karrenbauer liegt aber auch eine weitere große und sehr schwierige Herausforderung. Die Bundesregierung ignoriert seit Jahren die Gefahren, die von rechten Netzwerken in unseren Sicherheitsbehörden ausgeht. Die Recherchen der taz und auch anderer Medien bringen seit letztem Jahr immer wieder erschreckende Hinweise ans Licht. In Chatgruppen, bei klandestinen Treffen und in dem Verein Uniter sollen sich Rechtsextreme vernetzen, austauschen und gezielt auf bewaffnete Kämpfe und eine schwere Krise in Deutschland vorbereiten. So wurden laut der Medienrecherchen für einen „Tag X“ in den Chats Handlungsanweisungen gegeben und sogar Listen mit Menschen aufgestellt, die festgesetzt oder im schlimmsten Fall sogar ermordet werden sollen.

Auch zahlreiche Beamte deutscher Behörden, von Verfassungsschutzämtern und Polizeien, Bundeswehrangehörige, Angehörige von Spezialkräften sowie Reservisten sind unter den Mitgliedern der Chatgruppen. Der rechtsextreme Bundeswehrsoldat Franco A., der sich als syrischer Flüchtling ausgegeben hatte und dem Anschlagpläne vorgeworfen werden, hat Verbindungen zu diesen Chatgruppen. Viele zentrale Fragen zu den Ermittlungen rund um Franco A., seinen mutmaßlichen Komplizen und weiteren Verbindungen sind noch immer nicht beantwortet. Gemeinsam mit Konstantin von Notz und Irene Mihalic im Innenausschuss habe ich im Verteidigungsausschuss sehr hartnäckig eine zügige und schonungslose Aufklärung eingefordert. Trotz vieler Ausweichmanöver hat das Verteidigungsministerium nun zumindest ein paar Änderungen im Umgang mit erkannten Rechtsextremisten und in dem Berichtswesen über Rechtsextremismus in der Bundeswehr angekündigt.

WECHSEL IM VERTEIDIGUNGSMINISTERIUM

ECHTER NEUSTART ODER ALTE LEIER?



Die beunruhigende Zahl der ansteigenden Fälle und die Verbindungen zwischen ihnen dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die überwältigende Mehrheit der Menschen ihren Dienst in den Sicherheitsbehörden und der Bundeswehr mit verantwortungsbewusster und demokratischer Haltung leistet. Ein Generalverdacht ist ebenso unangebracht wie die sehr ernstesten bekannten Vorfälle und Hinweise zu verharmlosen oder kleinzureden. Allerdings haben die Sicherheitsbehörden viel zu lange nicht reagiert oder manchmal auch weggesehen. Auf unserer Fraktionsklausur in Weimar Anfang September haben wir uns intensiv mit rechtsextremistischen Netzwerken befasst und einen ganzen Maßnahmenkatalog beschlossen. Wir brauchen nicht nur dringend eine Reform des Verfassungsschutzes, sondern auch eine Taskforce gegen Rechtsextremismus. Auch um all die mutigen Menschen zu unterstützen, die sich täglich für eine offene Gesellschaft und gegen Hass und Hetze einsetzen gegen alle, die versuchen unsere Gesellschaft zu spalten.

WIR BRAUCHEN EINE FEMINISTISCHE AUßENPOLITIK

Nicht nur die Rechtsextremisten hier bei uns hetzen gegen Demokratie und Gleichberechtigung. Weltweit nehmen Rechtspopulisten wie US-Präsident Donald Trump oder der brasilianische Präsident Jair Bolsonaro die Rechte von Frauen und Minderheiten unter Beschuss und werden für frauenfeindliche Sprüche bejubelt. Frauen und Mädchen wird weltweit der Zugang zu Bildung erschwert und abscheuliche sexualisierte Gewalt wird in Kriegen und Konflikten systematisch als Waffe eingesetzt. Es braucht eine laute Stimme für die Frauen und Mädchen. Wir Grüne fordern schon lange eine Feministische Außenpolitik, um die Rechte, die Repräsentation und die Ressourcen von Frauen sicherzustellen und zu stärken. Wir können nur langfristig friedlich zusammenleben und sozial und wirtschaftlich ge-

meinsam erfolgreich sein, wenn Frauen und Mädchen auch stärker in der Außenpolitik berücksichtigt werden. Frauen müssen mit am Verhandlungstisch sitzen und ihre Interessen eine Stimme und Gehör finden. Viel zu oft werden die Zivilgesellschaft und dabei besonders Frauen ausgeschlossen und ignoriert, sodass gleich neue Probleme und Konflikte entstehen. Es ist zum Beispiel weder gerecht, noch klug, wenn nach einem kriegesischen Konflikt allein die brutalsten Kriegsparteien gemeinsam am Verhandlungstisch die Gelegenheit bekommen, die Zukunftssordnung zu gestalten. Denn dass ein Friedensabkommen länger hält und höhere Erfolgchancen hat, wenn Frauen und benachteiligte Gruppen aktiv beteiligt waren, ist wissenschaftlich belegt.

Der Aufbruch in eine Feministische Außenpolitik fängt aber auch vor der eigenen Haustür an. Hinter den schönen Statements von Außenminister Heiko Maas stehen aber leider keine großen Initiativen, es gibt zu wenig Geld und Personal für diesen Schwerpunkt. Wer glaubwürdig eine Feministische Außenpolitik vertreten will, muss aber auch selbst diesem Anspruch gerecht werden und davon ist die deutsche Diplomatie noch weit entfernt. In den deutschen Botschaften gibt es gerade einmal 20 Botschafterinnen, während in 132 Botschaften Männer im Chefsessel sitzen. Wir Grüne haben als erste Fraktion dieses Thema prominent im Bundestag mit unserem Antrag auf die Tagesordnung gebracht. Vor einigen Jahren wären wir Grüne im Bundestag dafür noch belächelt worden. Es war ein tolles Zeichen, dass alle demokratischen Parteien nun unsere grüne Initiative engagiert und ernsthaft diskutiert haben. Wir machen weiter Druck, damit die Bundesregierung ihren wolkigen Bekenntnissen auch endlich Taten folgen lässt, damit die Welt für Frauen und Mädchen ein bisschen besser wird. Dafür schreiben wir gerade auch Anträge zum kommenden Finanzhaushalt des Auswärtigen Amts.



DR. ANNA CHRISTMANN

SPRECHERIN FÜR INNOVATIONS- UND TECHNOLOGIEPOLITIK
SPRECHERIN FÜR BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

WWW.ANNACHRISTMANN.ORG

Tel. 030 / 227-79227, Fax 030 / 227-70230, anna.christmann@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Tübinger Str. 1, 70178 Stuttgart

Tel. 0711 / 66 47 61 99, anna.christmann.wk@bundestag.de

ENGAGEMENT ON TOUR

Zehn Termine, fünf Bundesländer und über 20 Stunden Gespräche: Das ist die Bilanz meiner Tour im Rahmen unserer fraktionsweiten Themenwoche „Gemeinsame Sache machen“, in der die grüne Bundestagsfraktion vom 17. bis 23.06. Engagement und Ehrenamt in den besonderen Fokus ihrer Arbeit gestellt haben. Dazu waren alle Fraktionsmitglieder aufgerufen, sich vor Ort mit Freiwilligen auszutauschen und Aktionen ins Leben zu rufen. Mich selbst hat es dabei als Sprecherin der Fraktion für Engagement zu einer kleinen Rundreise u.a. durch einige Bundesländer verleitet, wo ich mir die vielfältige Engagementkultur angeschaut habe. Los ging es aber in Baden-Württemberg!

PROLOG IM SÜDWESTEN

Bereits im März hatte ich mich mit Engagierten in Stuttgart auf der Veranstaltung „Engagementstadt Stuttgart“ getroffen. Was läuft gut, was weniger? Wo bräuchten Engagierte in Stuttgart eine politische Unterstützung? Und was können Bund, Land und Kommune hierfür tun? Über diese und viele weitere Fragen habe ich mich mit den Praktiker*innen aus meinem Wahlkreis ausgetauscht. Im Mai war ich dann noch in der Freiwilligenagentur Stuttgart. Dort wird mit viel Energie an der weiteren Vernetzung in der Stadt gearbeitet, um möglichst viele Engagierte zu gewinnen. Auch digital soll es voran gehen und ein eigenes „Engagementportal“ eröffnet werden. Ich bin gespannt! Und auch bei der Freiwilligenagentur selbst sind viele Ehrenamtliche tätig, die bei der Vermittlung von Engagierten helfen. Ein gelungenes Beispiel für die Kombination aus verlässlicher Finanzierung von Hauptamt, um das sich viele Engagierte tummeln und mitmachen.

AUFTAKT IN BRANDENBURG

Zur Engagementwoche ging es dann zunächst gleich am Montag ins Gespräch mit der lokalen Freiwilligenagentur von SEKIZ e.V., der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen Brandenburg (LAGFA) und Vertreter*innen des „Arbeitskreis Ehrenamt“ nach Potsdam. Dabei wurde deutlich, mit was für unterschiedlichen Herausforderungen bereits in Brandenburg Engagement konfrontiert wird: In den ländlichen Gebieten sind Fragen der Mobilität drängend oder „Hilfe zur Selbsthilfe“ ein notwendiges Mittel, um nachhaltig zu wirken, andernorts sind Bürokratie- und Kostenfragen (von GEMA-Gebühren bis Umsatzgrenzen) ein wichtiger Faktor für gutes Ehrenamt. In Teltow durfte ich anschließend ein wunderbares Beispiel dafür kennenlernen, wie man Engagement, Lebenserfahrung und Bildung miteinander verzahnt. Die „Akademie 2. Lebenshälfte“ bietet hierfür nicht nur interessante Kurse (z.B. Sprach- oder „Smartphone“-Kurse) für Ältere an, sie vermittelt z.B. auch Lesepatinnen und -paten in Grundschulen oder organisiert Kinoabende für ein älteres Publikum oder den „Klönkreis“. So kommen über 100 Ehrenamtliche regelmäßig zusammen.

MIT KATRIN GÖRING-ECKARDT THÜRINGEN ERKUNDEN

Der zweite Tag meiner Engagementtour führte mich im Car-Sharing-Auto quer durch Thüringen, zusammen mit unserer Fraktionsvorsitzenden Katrin Göring-Eckardt. Mit dem Landessportbund sprachen wir zunächst in Erfurt u.a. über die unsichere Situation der Freiwilligendienste aufgrund der fehlenden Finanzierungszusage der Bundesregierung, danach ging es nach Weimar zur Ehrenamtsagentur, die uns u.a. ihre Nachbarschaftshilfe „Weimars gute Nachbarn“ vorstellte. In Jena betreibt

ENGAGEMENT ON TOUR



die Elterninitiative für krebskranke Kinder e.V. mit viel ehrenamtlicher Unterstützung und Spenden ihr wundervolles "Haus EKKStein", welches wir kennenlernen durften. Dort wird Familien in schweren Zeiten geholfen und Kindern in Therapie Freude und Abwechslung geschenkt. Eine Initiative, die uns wirklich beeindruckt hat. Gut, dass sich die Situation der psychosozialen Beratung bei Krebserkrankung voraussichtlich mit dem Psychotherapeutengesetz verbessern soll.

Abschließend führte uns eine kurze Spritztour dann noch zur Wasserwacht des Deutschen Roten Kreuzes in Gera, die z.B. mit der immer schwierigeren Gewinnung von langfristig engagierten Menschen zu kämpfen haben und sich eine Anrechnung von Engagement auf Rentenpunkte wünschen.

KOMMEN SIE REIN, PACKEN SIE AN! (IN BERLIN)

Lebensmittel retten und damit Gutes tun. Das ist in etwa das Motto von „Laib und Seele e.V.“, die ich am Mittwoch mit meinem Berliner Fraktionskollegen Stefan Gelbhaar besuchen durfte. In der Ausgabestelle in Weissenhof haben sich drei Berliner Kirchengemeinden mit der Tafel zusammengetan und sammeln jede Woche noch verwertbare Lebensmittel von Supermärkten ein, um diese an Bedürftige zu verteilen. Es hat mich sehr beeindruckt, wie viele helfende Hände geübt die Lebensmittel sortierten und teilweise schon seit über zehn Jahren dabei waren. Bei der wöchentlichen Ausgabe und dem Sortieren von z.B. Obst und Gemüse haben wir selbstverständlich mit angepackt. Im Gespräch mit den Engagierten haben wir aber auch nochmal die klare Aufgabe mitgenommen, dass es Ziel bleiben muss, dass es weniger Menschen gibt, die auf die Tafel angewiesen sind. Ehrenamt ist wichtig, darf aber nicht zum

dauerhaften Lückenfüller für die Daseinsvorsorge werden.

EINE RUNDE SACHE: MIT ÜBER 100.000 ENGAGIERTEN GLÄUBIGEN IN DORTMUND

Runde Sachen spielen in Dortmund v.a. im Westfalenstadion bekanntlich eine zentrale Rolle. Abgerundet wurde auch meine gesamte Themenwoche dann mit einem Besuch beim Evangelischen Kirchentag 2019 in Dortmund. Der Deutsche Evangelische Kirchentag ist ein beeindruckendes Beispiel für riesiges Engagement, schließlich wird die Organisation und Umsetzung eines Großteils dieses „Megaevents“ von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern gestemmt. So durfte ich auch eine Tour mit einem brandenburgischen Finanzbeamten fahren, der als ehrenamtlicher Fahrer für den Shuttledienst des Kirchentags im Einsatz war. Zudem habe ich noch auf einem Panel des CVJM u.a. über politisches und gesellschaftliches Engagement junger Menschen diskutieren dürfen, die ganz deutlich klargemacht haben: „Wir können es!“.

Nach dieser Woche bin ich also umso überzeugter, dass wir eine politische Engagementoffensive brauchen, wie wir sie als Grüne in unserem Bundestagsantrag fordern. Engagierte brauchen auch, aber nicht nur, Wertschätzung. Sie brauchen verlässliche und unkomplizierte rechtliche Rahmenbedingungen, strukturelle Finanzierung von Hauptamtlichen, Unterstützung bei der Digitalisierung und vieles mehr. Auch wenn sie selbst zum Teil sehr zurückhaltend darin sind, das zu äußern. Denn so hat es eine Engagierte auf unserer Tour formuliert: „Mir geht es gut und deswegen möchte ich der Gesellschaft etwas zurückgeben“

Danke!



HARALD EBNER

SPRECHER FÜR GENTECHNIK- UND BIOÖKONOMIEPOLITIK
SPRECHER FÜR WALDPOLITIK

WWW.HARALD-EBNER.DE

Tel. 030 / 227-73025, Fax 030 / 227-76025, harald.ebner@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Gelbinger Gasse 87, 74523 Schwäbisch Hall
Tel. 0791 / 97823731, Fax 0791 / 97823733, harald.ebner.ma03@bundestag.de

KLIMA, WALD, INSEKTEN, AGRAR: HEISSE LUFT IM HERBST

Dank Fridays for Future ist immer mehr Menschen klar geworden: Klimaschutz ist *das* Gebot der Stunde. Doch das sogenannte „Klimakabinett“ der Koalition hat dramatisch versagt und kaum mehr produziert als eine Liste unverbindlicher Absichtserklärungen. Auch der Wald hat in diesem Sommer traurige Berühmtheit erlangt, denn zunehmende Hitze und Trockenheit machen ihm immer mehr zu schaffen. So folgte wenige Tage nach dem Klimakabinett Julia Klöckners Waldgipfel. Leider bestand auch hier das Ergebnis pünktlich zum Herbstbeginn vor allem aus heißer Luft. Die kann allerdings gerade weder Wald noch Klima gebrauchen. Klöckner hat viele Wald-Millionen angekündigt, doch wichtiger als das großflächige Geldverteilen sind klare Regeln zum Aufbau ökologischer Laub-Mischwälder. Dazu gehört eine schonende Räumung, um dem Jungwuchs eine Chance zu geben. Ohne ganz klare Öko-Bedingungen und deren Kontrolle würden die Wald-Millionen wirkungslos verpuffen.

WALD ALS VERBÜNDETER GEGEN KLIMAKRISE

Denn viele Wälder sind besonders anfällig, weil über viele Jahrzehnte überwiegend Nadelholz-Monokulturen statt Wälder angelegt wurden. Sind sie durch Hitze und Trockenheit geschwächt, haben Schädlinge wie der Borkenkäfer leichtes Spiel. Auch Waldbrände können sich so leichter ausbreiten. Deshalb brauchen wir dringend eine Umwandlung hin zu Laub-Mischwäldern mit standortheimischen Bäumen. So werden unsere Wälder von Klimakrisen-Opfern zu Verbündeten im Kampf dagegen, denn gesunde Wälder können große Mengen CO₂ speichern. Um diesen Effekt weiter zu optimieren, brauchen wir eine Holzbaustrategie, um das CO₂ zunächst lange zu binden statt es sofort zu verheizen. Das hilft Klima, Wald und nicht zuletzt Waldbesitzern, da die verbesserte Wertschöpfung eine naturnahe Waldwirtschaft unterstützt.

Wir haben als Grüne Bundestagsfraktion bereits im Juni dieses Jahres zu einer großen Wald-Konferenz im Bundestag eingeladen und dazu viele Fachleute und Beteiligte aus Verbänden zusammengeholt – darunter auch den „Waldflüsterer“ Peter Wohlleben – um gemeinsam über Probleme und Lösungen im Wald zu diskutieren – statt wie beim Klöckner-Gipfel den Spaltkeil zwischen Naturschützer und Waldbesitzer zu treiben.

WALD-AKTIONSWOCHE AB 7.10.

Inzwischen haben wir unseren Aktionsplan für einen gesunden Wald (<https://gruenlink.de/1nkr>), das Grüne Klimawaldprogramm (<https://gruenlink.de/1nks>) und unseren Wald-Antrag (<https://gruenlink.de/1nne>) vorgelegt. Am 7.10. beginnt die Aktionswoche Wald, in der möglichst alle Kolleginnen und Kollegen der Fraktion mit einem großen Paket an Material und Aktionen vor Ort im Wald sein werden. Dazu gibt es auch unseren neuen Wald-Flyer (<https://gruenlink.de/1nkt>). Über eure rege Beteiligung an der Aktionswoche würde ich mich sehr freuen! Und schon am 11.11. geht es im Bundestag weiter mit einer öffentlichen Anhörung zum Wald.

GLYPHOSAT-AUSSTIEG ABGEBLASSEN

Genauso substanzlos wie Klimakabinett und Waldgipfel kommt auch das sogenannte Agrar-„Paket“ vom Agrar- und Umweltministerin daher, das nicht mal ein Päckchen, sondern allenfalls eine Postwurfsendung ist. Ein vollkommen unverbindliches freiwilliges Tierwohllabel hilft weder Tieren noch VerbraucherInnen – und schon gar nicht den BäuerInnen. Die Minimal-Umschichtung von Agrarfördergeldern bleibt weit entfernt vom schon jetzt Möglichen und wird nur sehr wenig positive Umwelt-Wirkung entfalten.

Am meisten enttäuscht aber das „Insektenschutzprogramm“, das zwar viele richtige Ziele beschreibt, aber fast keine konkreten Schritte und Maßnahmen festlegt. Der absolute Tiefpunkt ist beim Glyphosat-Ausstieg erreicht. Nachdem ich im Juni der Kanzlerin in der Fragestunde eine Ankündigung dazu entlocken konnte

KLIMA, WALD, INSEKTEN, AGRAR HEISSE LUFT IM HERBST



(„Spätestens im September werden wir eine Lösung präsentieren“), haben ihre Ministerinnen inzwischen tatsächlich „geliefert“. Aber wie: Die Bundesregierung hat den Glyphosat-Ausstieg für sich im Prinzip abgeblasen, indem sie ihn bis ins Jahr 2024 verschiebt – weit nach dem Ende ihrer Amtszeit. Die lapidare Begründung: erst dann laufe ja die EU-Zulassung für Glyphosat aus. Klöckner und Schulze wollen Glyphosat also erst dann verbieten, wenn es sowieso nicht mehr zugelassen ist. DAS ist echte Placebo-Politik.

Obwohl das Insektenschutzprogramm auch sonst äußerst unverbindlich ist in Sachen Pestizidreduktion, läuft der Bauernverband schon Sturm dagegen, begleitet von einer „Grüne Kreuze“-Kampagne aus der Agrar-blogger-Szene. Viele falsche Zahlen sind da plötzlich im Raum, so dass sich sogar das BMEL genötigt sah, das in einem offenen Brief an den Bauernverband geradezurücken. Es ist schon erstaunlich: seit mehr als 50 Jahren sterben die Bauernhöfe massenhaft und jetzt soll allein eine windelweiche Ankündigung zur Pestizidreduktion daran schuld sein? Die grünen Kreuze sind absolut gerechtfertigt: wenn sie sich gegen eine falsche Agrarpolitik der letzten Jahrzehnte und unfaire

Handelsabkommen richten, die den Wettbewerb zu Ungunsten naturverträglicher Wirtschaftsweisen verschärfen. Wenn sie sich gegen eine Agrarpolitik richten, die sich nicht um die Schaffung von Wissensgrundlagen zur Klimaanpassung in der Landwirtschaft und für nachhaltigere Bewirtschaftung inklusive Alternativen zu chemisch-synthetischen Pestiziden kümmert.

Bei uns in Baden-Württemberg richtet sich die Kampagne nun zusätzlich gegen das Volksbegehren „Rettet die Biene“, obwohl auch das kaum mehr vorsieht als der Aktionsplan der Bundesregierung. Dabei ist eine deutliche Pestizidreduktion wichtiger denn je, um unsere Bienen und Insekten zu retten. Davon profitieren am Ende alle. Deshalb müssen wir gemeinsam mit Bäuerinnen und Bauern vernünftige Lösungen finden, die naturverträgliche Landwirtschaft auskömmlich macht und planbare Umstiegspfade ermöglicht. Denn wir wollen unsere

Bauernhöfe nicht verlieren, sondern durch bessere Rahmenbedingungen endlich das Höfesterben stoppen. Im Bundestag wird sich die Bundesregierung am 21.10. bei der öffentlichen Anhörung zur Petition „Pestizidkontrolle“ Fragen zu ihrer ambitionslosen Insektenschutzpolitik stellen müssen.

GENTECHNIK: VORSORGEPRINZIP VERTEIDIGEN!

Seit der Europäische Gerichtshof bestätigt hat, dass auch neue Gentechnik wie CRISPR Gentechnik ist und deshalb selbstverständlich genauso reguliert werden muss, laufen die Biotech-Industrie und ihre UnterstützerInnen Sturm gegen das Urteil. Sie wollen jetzt kurzerhand die Gesetze ändern, um Regulierung, Sicherheitskontrolle und Kennzeichnung als Gentechnik zu umgehen. Obwohl die Bundesregierung sich im Koalitionsvertrag zu „Vorsorgeprinzip und Wahlfreiheit“ bei Gentechnik bekennt, unterstützt Ministerin Klöckner offen die Deregulierungswünsche der Industrie. Bei der EU-KOM wird dazu schon ein Rechtsgutachten vorbereitet.

Schriellste Pro-Gentechnik-Stimme im Bundestag ist wie eh und je die FDP. Sie unterstellt allen, die bewährte Regeln, Vorsorgeprinzip und Wahlfreiheit erhalten wollen, Verbote und Forschungsfeindlichkeit. Selbst die Klimakrise muss erneut, wie schon vor Jahrzehnten, als Pro-Gentechnik-Argument herhalten. Fakt ist jedoch: Gentechnik-Forschung war noch nie verboten und findet weiterhin statt. Sie muss allerdings gut überwacht und gesichert sein, um unkontrollierte Ausbreitungen im Ökosystem auszuschließen. Und die Menschen müssen am Ende selbst entscheiden können, ob sie Gentechnik-Produkte essen wollen oder nicht.

Wir haben jetzt einen Antrag (<https://gruenlink.de/1nnf>) eingebracht, sich den aktuellen Deregulierungsbestrebungen auf EU-Ebene entgegenzustellen und Vorsorgeprinzip und Wahlfreiheit zu schützen. Am 4.11. wird der Agrarausschuss bei einer öffentlichen Anhörung mit ExpertInnen über neue Gentechnik und ihre Regulierung beraten.



MATTHIAS GASTEL

SPRECHER FÜR BAHNPOLITIK

WWW.MATTHIAS-GASTEL.DE

Tel. 030 / 227-74150, Fax 030 / 227-70150, matthias.gastel@bundestag.de

REGIONALBÜRO Aicher Straße 2 (Zugang über Rosenstraße), 70794 Filderstadt
Tel. 0711 / 99 72 61 40, matthias.gastel.ma04@bundestag.de

DIE ABSURDE DISKUSSION UM E-TRETROLLER

Seit wenigen Monaten sind elektrische Tretroller auch in Deutschland zugelassen. Einige überbieten sich seither mit Meldungen über angebliche Skandale und fordern gar wieder ein Verbot. Nun kann man die tatsächlichen Probleme nicht ausblenden: Zu viele Nutzer*innen ignorieren rot geschaltete Ampeln oder nutzen den Gehweg. Verstöße gegen Verkehrsregeln wurden aber wahrlich nicht erst mit den elektrischen Tretrollern erfunden. Offenbar haben wir uns längst an durch Autos zugeparkte Gehwege und Geschwindigkeitsüberschreitungen durch PS-Protze auf unseren Straßen gewöhnt.

Es ist Zeit die Debatte endlich vom Kopf auf den Fuß zu stellen. Dass ausgerechnet die 20 Kilogramm schweren Roller dafür in der Kritik stehen, dass sie für Strecken von durchschnittlich nur knapp zwei Kilometer genutzt werden, ist ein Beispiel dafür. Viel bedenklicher ist, dass jede zweite Fahrt mit zunehmend tonnenschweren Autos auf Kurzstrecken zurückgelegt wird. Dabei ist es doch zunächst einmal erfreulich, dass so viele Menschen offen für neue Mobilitätsangebote jenseits des Autos sind. Die E-Tretroller bieten eine Chance, die viel zu hohe Zahl von Kurzstreckenfahrten mit dem Auto zu verringern.

NOTWENDIGKEITEN UND CHANCEN DER E-SCOOTER FÜR DIE VERKEHRSWENDE

Die Anbieter von Verleihangeboten sind gefordert, mehr auf stabile Bauweisen der Gefährte und damit deren Langlebigkeit zu achten. Ziel sollte sein, dass Verleihangebote auch an den Stadträndern Fuß fassen. Dort findet nämlich in aller Regel die Verkehrsmittelwahl statt. Viele Kommunen regeln mit den Verleihanbietern eine Maximalanzahl an Rollern für die Innenstädte. Weshalb wird nicht auch eine Mindestanzahl für die Randlagen definiert? Für diejenigen, die weder zu Fuß gehen noch mit dem Fahrrad fahren wollen, kann die Verfügbarkeit eines E-Tretrollers eine echte Alternative zum Auto darstellen.

Aus ökologischen Gründen spricht vieles für diese Alternative: So lässt es sich mit einer definierten Energiemenge auf dem E-Roller rund vierzigmal weiter fahren als mit einem Auto. Auch die Vermeidung von Lärm, der erheblich geringere Flächenverbrauch und die für andere Verkehrsteilnehmer*innen geringe Wahrscheinlichkeit folgeschwerer Unfälle sprechen für das zweirädrige Gefährt.

Fazit: Wir sollten die Entwicklung genau im Auge behalten und nach einem oder zwei Jahren Bilanz ziehen. Eines ist längst klar: Vielerorts müssen Verkehrsräume neu aufgeteilt werden. Die Ära autogerechter und damit gefährlicher und lauter Städte ist vorbei. Es ist Zeit, dem Fuß- und Radverkehr, den öffentlichen Verkehrsmitteln und eben auch dem elektrischen Tretroller mehr Platz anzubieten.

EUROPÄISCHES NACHTZUGNETZ SCHAFFEN

Wir wollen den Nachtzug in Europa wiederbeleben. Nicht aus Nostalgie, sondern weil ein modernes europäisches Nachtzugnetz eine attraktive Alternative zum europäischen Flugverkehr bieten kann. Und es braucht attraktive Bahnangebote, wenn wir die international vereinbarten Klimaschutzziele erreichen wollen. In Sachen Klimaschutz ist der Verkehr das Sorgenkind Nummer 1. Statt zu sinken, bewegt sich der Ausstoß von Klimagasen im Verkehrssektor Deutschlands weiter auf dem Niveau von 1990.

In der EU ist der Verkehr der einzige Sektor, in dem die Emissionen seit 1990 gestiegen sind und zwar um 25 Prozent. Dagegen hat die Industrie eine Senkung um 38 Prozent hinbekommen und auch die privaten Haushalte haben eine Minderung von 25 Prozent erreicht. Ohne eine Verkehrswende werden wir die Klimakrise nicht stoppen!

Wollen wir im Verkehr etwas ändern, kommt der Schiene als besonders energieeffizientem und umweltfreundlichem Verkehrsträger hierbei eine zentrale Rolle zu. Grundsätzlich sind die Ausgangsbedingungen für ein Nachtzugnetz gut: Europa verfügt über ein dichtes Eisenbahnnetz. Zudem haben die Mitgliedstaaten in Mit-

E-SCOOTER & NACHTZÜGE



tel- und Westeuropa seit den 1970er-Jahren verstärkt in neue Schnellfahrstrecken investiert, wodurch im Nachtsprung Distanzen bis zu 2.000 Kilometer in akzeptablen Reisezeiten zurückgelegt werden können. Wer mit dem Nachtzug fährt, spart Zeit. Der mühsame Anreisetag entfällt genauso wie das Warten an Sicherheitskontrollen und Gepäckbändern. Im modernen Nachtzug lässt es sich schlafen, duschen und frühstücken. Kurzum: Der Nachtzug bietet Reisekultur vom Feinsten. Ob Urlaub oder Geschäftsreise – bei Ankunft kann das Tagesprogramm direkt losgehen.

Es geht nicht um neue Nachtzüge von Berlin nach München oder Frankfurt. Der Nachtzug ist keine Konkurrenz zum ICE und anderen guten Tagesverbindungen. Er ist eine ideale Ergänzung und macht es möglich, das Potential von Hochgeschwindigkeitstrassen auch nachts für lange Strecken optimal zu nutzen. Innerhalb eines 12-Stunden-Fensters sind dann Reiseweiten von bis zu 2.000 Kilometern und darüber hinaus möglich. Im Entfernungsbereich zwischen 1.000 und 2.000 Kilometer kann der Nachtzug seine Stärken voll ausspielen. Das macht den Nachtzug zu einem per se europäischen Projekt. Auf diesen Entfernungen bietet er die einzige ernsthafte klimapolitische Alternative zum Flugzeug. Anders ausgedrückt: Wer die Klimaschutzziele im Verkehr erreichen will, kommt um ein europäisches Nachtzugnetz nicht herum. Wir Grüne wollen es als einen zentralen Bestandteil einer europäischen Offensive für eine starke Schiene.

NACHTZÜGE – NICHT VON GESTERN

Trotz seines Potentials für bequemes und klimafreundliches Reisen ist der Nachtzug in den europäischen Mitgliedstaaten in den letzten Jahren massiv unter Druck geraten. In Deutschland hatte sich die Deutsche Bahn AG im Jahr 2016 sogar vollständig aus dem Nachtzugverkehr mit Schlaf- und Liegewagen zurückgezogen. Dass der Nachtzug in Europa aktuell keine signifikante Rolle spielt, ist eine Folge verfehlter Verkehrspolitik. Die politischen Rahmenbedingungen sind seit langem so ungünstig, dass die Schiene im Wettbewerb mit dem

Straßen- und Luftverkehr kaum standhalten kann. Deutschland ist in diesem Bereich alles andere als ein Vorbild, was auch das Ergebnis einer Dekade ist, die von CSU-Verkehrsministern bestimmt wurde. So ist das Schienennetz in Deutschland seit der Bahnreform um 5.400 km geschrumpft. In Deutschland wird der Schienenverkehr noch immer von über 3.000 Stellwerken gesteuert, darunter einige, die seit Kaisers Zeiten ihren Dienst verrichten. Kurz gesagt: Deutschlands Schienennetz ist in einem Zustand, der nicht mithalten kann mit der Leistungsstärke und Modernität unserer Volkswirtschaft.

Die Fluggesellschaften profitieren heute von umfangreichen umweltschädlichen Subventionen, da weder das Kerosin mit einer Energiesteuer noch das Ticket im grenzüberschreitenden Verkehr mit der Mehrwertsteuer belegt ist. Einige Regionalflughäfen werden subventioniert und von 23 internationalen Flughäfen in Deutschland sind 17 defizitär. Das Geschäftsmodell der Billigflieger ist nur durch diese weitreichende Steuerbefreiung und Begünstigung möglich. Das Umweltbundesamt hat bereits 2012 ausgerechnet, dass für die umweltschädlichen Subventionen im deutschen Luftverkehr jedes Jahr knapp 12 Milliarden Euro draufgehen. Diese Subventionen verzerren den Wettbewerb unter den Verkehrsträgern sehr stark.

Dass Nachtzüge trotz widriger Umstände eine Zukunft haben und die Bahnunternehmen damit auch Geld verdienen können, beweisen die Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB), die seit mehr als zwei Jahren einen Großteil des zuletzt von der DB bedienten Netzes betreiben. Mit modernisiertem und neuem Wagenmaterial gewinnen die ÖBB neue Fahrgäste und weisen den Weg in die Zukunft des Nachtreiseverkehrs auf Schienen. Und auch in Schweden kommt etwas ins Rollen. Die Regierung hat beschlossen, 50 Millionen Kronen in die Hand zu nehmen, um internationale Nachtzugverbindungen von Schweden nach Deutschland auszuschreiben. Bereits vorher sind die Fahrgastzahlen in den Nachtzügen dort gestiegen, weil das Netz konsequent neu auf die Kunden ausgerichtet wurde.



SYLVIA KOTTING-UHL

VORSITZENDE DES AUSSCHUSSES
FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND NUKLEARE SICHERHEIT

WWW.KOTTING-UHL.DE

Tel. 030 / 227-74740, Fax 030 / 227-76742, sylvia.kotting-uhl@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Sophienstraße 58, 76133 Karlsruhe

Tel. 0721 / 151 86 87, Fax 0721 / 151 86 90, sylvia.kotting-uhl@wk.bundestag.de

DAS DESASTER: DEUTSCHE KLIMAPOLITIK UNTER SCHWARZ-ROT

UN-Generalsekretär Guterres lädt zum Sondergipfel vor der nächsten Weltklimakonferenz im Dezember, weil der Kampf gegen die Erderwärmung zu scheitern droht. In New York sollen die Regierungschefs ihre ambitionierten Maßnahmen vorstellen. Angela Merkel muss dort die Beschlüsse des Klimakabinetts präsentieren.

Aus der Partei der Kanzlerin hört man immer öfter, dass Deutschland mit seinen 2,3 Prozent am Klimaausstoß doch ziemlich unwichtig sei und wir uns nicht einbilden sollten, mit Maßnahmen bei uns Land die Welt retten zu können. Aber so wird CO₂-Ausstoß nicht berechnet, sondern pro Kopf. Und da steht Deutschland mit 11 Tonnen pro Kopf und Jahr ganz weit oben. Als stärkste Wirtschaftskraft der EU und viertstärkste weltweit ist die Aufgabe, der sich die Kanzlerin in ihrer ersten Legislatur im roten Anorak verpflichtet hatte, ungebrochen gültig: der Welt zu zeigen, wie Klimaschutz in einem hoch industrialisierten Land geht.

Und nun kommt sie – nach langen Debatten um die Notwendigkeit einer wirksamen CO₂-Bepreisung als Kernstück eines Klimaschutzpakets – mit dem Beschluss nach New York, die Tonne CO₂ in Deutschland 2021 10 Euro kosten zu lassen. Das soll bis 2025 auf 35 € steigen und ab 2026 in die Auktionierung übergehen – mit einem Preisdeckel von 60 € für das Zertifikat. Und das, obwohl ihre Berater-Ökonomen und die Erfahrung mit dem EU-Emissionshandelsystem ihr sagen, dass eine Lenkungswirkung frühestens ab 40/50 € beginnt und ihr Umweltbundesamt 180 € als Schaden, den eine Tonne CO₂ anrichtet, ausgerechnet hat. Wie blamabel

und wie fahrlässig angesichts der von ihr so genannten „Menschheitsaufgabe“ Klimaschutz.

DAS KLIMASCHMUTZPAKET IN DEN SEKTOREN

Das Herz des Klimaschutzes – die Energiewende – wird weiter ausgebremst. Die Aufhebung des PV-Deckels ist erfreulich und für uns Baden-Württemberger*innen auch die endlich erreichte Regionalisierungskomponente bei den Ausschreibungen für den Windausbau. Grundsätzlich wird der Windausbau aber weiter abgezwängt durch die neue 1km-Abstandsregel. Beim Kohleausstieg bleibt die Bundesregierung auch acht Monate nach den Ergebnissen der Kohlekommission die Umsetzung schuldig. Von der dringend notwendigen Beschleunigung des dort bis 2038 empfohlenen Kohleausstiegs ganz zu schweigen.

Im Verkehrssektor business as usual im Bundesverkehrsministerium. Bei weiterhin ungebremstem Straßenausbau immerhin die Mehrwertsteuersenkung für die Bahn und eine Milliarde für den Ausbau. Der Bundesrechnungshof konzedierte Minister Scheuer allerdings gerade keine Ahnung, was die Bahn mit Geldern des Bundes macht, keine Kontrolle – und ich füge hinzu: kein Interesse. Denn für den Minister heißt Verkehr Auto (begleitet von ein bisschen e-Scooter und der Wunsch-Vision Flugtaxi). Das für die Wirtschaft so notwendige Signal eines Enddatums für den Verbrennungsmotor bleibt aus. Alles, was im Verkehrssektor als Klimaschutz-Maßnahme blinkt, wird konterkariert von Subventionierungen des Gegenteils. Kaufprämien für Elektroautos sollen ausgeweitet werden, aber die Diesel-Subvention bleibt. Die Ticket-Abgabe für Flüge steigt, aber das Kerosin bleibt steuerbefreit.

DAS DESASTER

DEUTSCHE KLIMAPOLITIK UNTER SCHWARZ-ROT



Das zeigt die Grundausrichtung dieses angeblichen Klimaschutzpaketes. 55 Mrd soll es kosten – so viel wie die umwelt- und klimaschädlichen Subventionen im Haushalt. Klimazerstörendes wird in gleicher Höhe gefördert wie Klimaschützendes. Was soll das am Ende werden außer teuer?

In der Agrarpolitik verzichtet die Koalition gänzlich auf Maßnahmen. In die industrielle Tierhaltung wird weiter Geld gepumpt. Der Ökolandbau bleibt unbeachtet, die viel zu hohen Tierzahlen unangetastet – kein Wort davon, die Tierzahl wieder an die Fläche zu binden, um die übermäßigen Stickstoffeinträge in den Griff zu bekommen. Auch im Gebäudebereich bleiben Fördermaßnahmen ohne verbindlichen gesetzlichen Rahmen. Verbesserte Energiestandards werden erst ab 2023 eingeführt und dann noch an das Wirtschaftlichkeitsgebot geknüpft. Das Austauschprogramm für Öl-Heizungen ist ein richtiger Schritt. Aber der einzige Mut zu Ordnungspolitik im ganzen Paket – das Verbot von Ölheizungen – kommt erst 2026 und dann nicht mal vollständig.

DIE ANGST DER BUNDESREGIERUNG, IHRE UNTERSCHÄTZUNG VON BEVÖLKERUNG UND WIRTSCHAFT UND IHRE MISSACHTUNG DER JUNGEN GENERATION

Die Bundesregierung agiert angstgetrieben. Es ist jedoch nicht etwa die Angst vor den bereits spürbaren Folgen der Klimakrise, die sie treibt, sondern die Angst, der Bevölkerung und der Wirtschaft etwas zuzumuten. Mit dieser Angst, mit der Zaghaftigkeit des sogenannten Klimaschutzpakets, ignoriert sie ihren Kernauftrag, die Bevölkerung vor Bedrohungen zu schützen, und verschenkt Chancen der Wirtschaft, in den Märkten der Zukunft eine Schlüsselrolle zu spielen.

Soziale Härten zu vermeiden ist notwendig, wenn Strukturen verändert werden sollen. Doch die Bundesregierung macht mit der vorseilenden Erhöhung der Pendlerpauschale das Gegenteil. Die steuerliche Entlastung durch die Entfernungspauschale kommt in der Hauptsache Besserverdienenden zugute. Das grüne CO₂-Preis-Konzept mit pro-Kopf-Rückgabe des Geldes an die Bürger*innen hätte dagegen die Menschen mit geringerem ökologischen Fußabdruck profitieren lassen – diejenigen, die keinen SUV fahren, die nicht jedes Jahr in Urlaub fliegen, die sich bewusst ernähren und in nicht mehr Fläche wohnen als sie brauchen. Mehrheitlich also vermutlich diejenigen, die nicht die großen Einkommen haben. Diese große Chance, ökologische Lenkungswirkung mit sozialem Ausgleich zu verbinden, hat die Bundesregierung verschenkt.

Lenkungswirkung wird die minimale Verteuerung von Diesel und Benzin – die im Bereich normaler Schwankungen an der Zapfsäule liegt – auch ohne die konterkarierende Erhöhung der Pendlerpauschale kaum entfalten können. Die Bundesregierung will höchstens Klimaschutz, den niemand merkt. Sie unterschätzt und unterfordert damit die Bevölkerung, die ebenso wie die Wirtschaft mehrheitlich längst weiter ist und Klimaschutz praktizieren möchte, dafür aber die entsprechenden Rahmenbedingungen von der Regierung will.

Die FridaysForFuture-Bewegung, die am Tag der katastrophalen Beschlüsse des Klimakabinetts zu Hunderttausenden auf der Straße war, wird von solcher Politik dagegen nicht nur missachtet, sondern irgendwann auch überfordert. Denn sie können freitags nicht in die Schule gehen, solange die Bundesregierung Ihre Hausaufgaben nicht macht.



CHRIS KÜHN

SPRECHER FÜR BAU- UND WOHNUNGSPOLITIK

WWW.CHRISKUEHN.DE

Tel. 030 / 227-73097, Fax 030 / 227-76097, christian.kuehn@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Poststraße 2-4, 72072 Tübingen

Tel. 07071 / 9997958, christian.kuehn.ma04@bundestag.de

AUF ZUKUNFT BAUEN

Wir alle rasen in diesem Moment ungebremst auf die Klimakatastrophe zu. Die Bundesregierung reißt bekanntermaßen die deutschen Klimaziele für 2020. Ob sie den Willen und den Mut aufbringt die viel schwerer zu erreichenden Ziele für das Jahr 2030 zu realisieren, ist derzeit mehr als fraglich.

Dabei ist kaum etwas so wichtig, wie auf dem Pfad des Pariser Klimaabkommens zu bleiben. Nur mit konsequenten Klimaschutz wird es gelingen, den Temperaturanstieg noch auf unter zwei Grad Celsius zu begrenzen. In unserem Land, das für den sechsthöchsten CO₂-Ausstoß weltweit verantwortlich ist, trägt der Gebäudebereich mit satten 30 Prozent zu den gesamten Treibhausmissionen bei.

Ohne die Bauwende in Deutschland werden wir nicht unseren nationalen Beitrag in der Klimakrise beisteuern können. Doch Innenminister Seehofer, der leider auch Bauminister ist, lässt weder Interesse noch Ambitionen erkennen das Ruder herumzureißen. Von seiner Umweltministerin Schulze musste er sich ins Stammbuch schreiben lassen, dass die Ressortbeiträge längst noch nicht ausreichen. In Zahlen: der Bausektor trug laut Schätzung des Umweltbundesamtes im Jahr 2018 mit 117 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalent zur Erderhitzung bei. Von der Klimawirkung her liegt dies etwa zwischen den nationalen Treibhausgasausstößen Belgiens (114,5 Mio. t) und Tschechiens (129,4 Mio. t). Mit anderen Worten: Das Nichtstun von Seehofer ist eine klimapolitische Totalverweigerung.

GEBÄUDEENERGIEGESETZ SCHARF STELLEN

Abhilfe schaffen könnte hier ein ambitioniertes Gebäudeenergiegesetz. Hierzu legte die Regierung nach zwei Jahren GroKo-Tiefschlaf nun endlich einen Referentenentwurf vor. Dies hatten wir Grüne im Bundestag immer

wieder eingefordert. Doch dieses Gesetz ist in seinen Grundzügen alles andere als ein großer Wurf. Um klimapolitisch wirksam zu sein, müsste es bei den Förderungen mindestens einen Niedrigstenergiestandard von KfW 40 bei neuen Gebäuden vorsehen. Bei Vollsanierungen müsste ein Zielstandard von KfW 55 festgelegt werden.

Auch die so genannte „Graue Energie“, das ist der Energiebedarf, der beim übergreifenden Herstellungs- und Entsorgungsprozess von Gebäuden entsteht, und der in den Materialien steckt, ist nicht berücksichtigt. Logischerweise ist aber auch diese klimawirksam. Ein so schlaffes Gesetz in so einem wichtigen Zukunftssektor können wir uns in der Klimakrise schlicht nicht leisten. Wir bauen jetzt die Gebäude von 2050.

RESSOURCENVERSCHWENDUNG UND FLÄCHENFRASS STOPPEN

Natürlich geht es beim nachhaltigen Bauen nicht „nur“ ums Klima. Leider haben wir es global ebenso mit einer Ressourcenkrise und auch einer Artenschutzkrise zu tun. Es ist kaum zu glauben, aber angesichts der welthistorisch beispiellosen Urbanisierung und Bautätigkeit wird der Sand auf unserer Erde knapp. Deshalb müssen wir grundsätzlich technik- und materialoffen alternative Baustoffe in den Blick nehmen beziehungsweise diese für uns wiederentdecken. Hier kann eine nationale und nachhaltige Holzbaustrategie (<https://gruenlink.de/1ngf>) nach skandinavischem Vorbild helfen. Um zu einer ehrlichen ökologischen Ressourcen-Bilanzierung zu kommen, muss der gesamte Lebenszyklus von Gebäuden in den Blick genommen werden. Von der Rohstoffbereitstellung bis zur Deponierung nach (hoffentlich langjähriger) Nutzung. Mit Blick auf den Naturschutz ist der ungebremste Flächenfraß das größte Problem der schwarz-roten Baupolitik. Dörfer und Städte zerfransen, die Ortskerne

AUF ZUKUNFT BAUEN



veröden und die Peripherie und angrenzende Kulturlandschaft wird zubetoniert. Das europarechtlich fragwürdige Baukindergeld der GroKo und die jetzt geplante Ausweitung des Paragraphen 13b im Baugesetzbuch befeuern diese Entwicklung weiter. Das 30-Hektar-Ziel der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, welches besagt, dass pro Tag höchstens diese Fläche im Land zugebaut werden darf, wurde von 2020 auf 2030 verschoben. Da hält es die Bundesregierung genauso wie mit den vergeigten Klimazielen: Sollen sich damit doch einfach spätere Generationen rumschlagen.

GRÜNE WOHNOFFENSIVE: SOZIAL UND GEMEINNÜTZIG BAUEN

AStatt des teuren und unökologischen Baukindergeldes brauchen wir auch mit Blick auf die Wohnungskrise ganz andere Anreize und Investitionen. Das beginnt beim Sozialen Wohnungsbau, den die Bundesregierung mit diesem Haushalt jetzt ernsthaft um ganze 500 Millionen Euro kürzt. Zusätzlich fallen heimlich, still und leise immer mehr alte Sozialwohnungen aus der Bindung. Und das bei einem Gesamtbedarf von eigentlich zwei Millionen Wohnungen. Wir Grüne wollen diese Entwicklung stoppen. In zehn Jahren wollen wir mit der Grünen Wohnoffensive (<https://gruenlink.de/1ng9>) eine Millionen neue Sozialwohnungen in unserem Land schaffen. 100.000 in jedem Jahr. Wir brauchen eine Neue Wohngemeinnützigkeit, die insgesamt die Gemeinwohlorientierung stärkt. Nur so können wir die Negativspirale durchbrechen.

Auch viele Bürgerinnen und Bürger sind angesichts von Mietenexplosion und Immobilienboom nicht länger bereit, schweigend die Ignoranz dieser Bundesregierung hinzunehmen. Mit der Gründung des Aktionsbündnisses „Wohnen ist Menschenrecht“

(<https://gruenlink.de/1ngb>) in diesem September, hat dieser Protest jetzt noch mehr Sichtbarkeit bekommen.

Doch die Regierung bleibt auch fast ein Jahr nach ihrem so genannten „Wohngipfel“ weit hinter dem Notwendigen zurück. Das Herumdoktorn an der löchrigen Mietpreisbremse ersetzt keine echte Reform. Diese ist aber dringend nötig, um endlich die unsinnigen Ausnahmen zu beseitigen und die Mietpreisbremse wirksam zu machen. Aber die Bundesregierung ist hier bestenfalls ganz am Anfang.

MIETEN RECHTSSICHER BEGRENZEN

Es ist deshalb verständlich, wenn ein Stadtstaat wie Berlin derzeit versucht alle landesrechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um diesem Versagen zu begegnen. Gerade in Berlin waren die Mietsteigerungen in den letzten Jahren geradezu astronomisch. Der Ball liegt dort nun im Feld der Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen, Katrin Lompscher, ein Gesetz vorzulegen, dass auch strengen rechtlichen Prüfungen Stand hält. Leider ist hier der letzte verfassungsrechtliche Zweifel nicht ausgeräumt.

Wir Grüne im Bundestag streiten demgegenüber mit unserer Grünen Wohngarantie (<https://gruenlink.de/1ngd>) für wirksame und rechtssichere Mietobergrenzen, um den Mietenwahnsinn vor allem in den größeren Städten zu stoppen. Denn die Mietpreise sind den leichten Lohnzuwächsen der letzten Jahre längst enteilt. Unser Konzept sieht vor, den Ländern die Möglichkeit zu geben, in von ihnen bestimmten Gebieten mit Wohnungsnot die Miete um nur maximal drei Prozent jährlich ansteigen zu lassen. Bei Neuanmietungen soll die Mietobergrenze bei nicht mehr als fünf Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen dürfen. Wohnen darf nicht weiter zur Ware verkommen. Wohnen ist ein soziales Grundrecht, das mehr denn je verteidigt werden muss.



BEATE MÜLLER-GEMMEKE

SPRECHERIN FÜR ARBEITNEHMERINNENRECHTE
UND AKTIVE ARBEITSMARKTPOLITIK

WWW.MUELLER-GEMMEKE.DE

Tel. 030 / 227-73041 Fax 030 / 227-76041 beate.mueller-gemmeke@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Gartenstraße 18, 72764 Reutlingen

Tel. 07121 / 9092411, Fax 07121 / 9943186, beate.mueller-gemmeke@wk.bundestag.de

DIE BUNDESREGIERUNG IM PAUSENMODUS

Die schwarz-rote Bundesregierung kündigt immer wieder vollmundig Vorhaben an und verspricht viel. Doch dann passiert nichts. Stattdessen spielt sie auf Zeit, in den Pausenmodus und zwar unabhängig davon, wie wichtig das Thema ist. Ein Beispiel: „Wir honorieren Lebensleistung und bekämpfen Altersarmut“ – so wurde im Koalitionsvertrag die Einführung einer Grundrente angekündigt. Passiert ist hier gar nichts. Gleiches gilt für wichtige arbeitsmarktpolitische Themen. Auch hier verharrt die Bundesregierung im Pausenmodus.

BEFRISTUNGEN OHNE GRUND

So hieß es etwa im Koalitionsvertrag noch freudig: „Wir haben einen wirklichen Durchbruch bei den Verhandlungen über die sachgrundlose Befristung und Kettenverträge erreicht: Möglichkeiten der befristeten Beschäftigung werden reduziert. Sachgrundlose Befristungen werden wieder zur Ausnahme, das unbefristete Arbeitsverhältnis soll wieder zur Regel werden in Deutschland.“ Das klingt gut, doch passiert ist nichts. Dabei ist es eine eindeutige arbeitsmarktpolitische Fehlentwicklung, dass sachgrundlose Befristungen mittlerweile bewährte Praxis in der Arbeitswelt sind. Im Jahr 2017 haben Befristungen insgesamt mit über 3,15 Millionen Beschäftigten einen Höchststand erreicht. Davon war die Hälfte ohne sachlichen Grund befristet. Das ist eine unhaltbare Situation. Denn für Arbeitgeber bringt die Befristung volle Flexibilität. Für die Beschäftigten bedeutet sie jedoch ein hohes Maß an Unsicherheit. Künftig, so sieht es die schwarz-rote Vereinbarung vor, sollen in Unternehmen mit 75 und mehr Beschäftigten nur noch 2,5 Prozent der Belegschaft sachgrundlos befristet werden dürfen. Das klingt auf den ersten Blick gut, die Regelung ist jedoch nicht praktikabel. Denn sie

ist extrem bürokratisch und würde zu äußerst absurden Zuständen in den Unternehmen führen: Während Betriebe mit 74 Beschäftigten rein rechnerisch alle 74 sachgrundlos befristen könnten, dürfte es in Betrieben mit 80 Beschäftigten gerademal zwei Befristungen geben. Möglich, dass die Regierung aufgrund dieser Absurdität ihre eigenen Pläne auf Eis gelegt hat. Aber Fakt ist: Es gibt genügend sachliche Gründe im Gesetz, um Arbeitsverhältnisse zu befristen, egal, ob es ein Arbeiten auf Probe ist, ein Projekt auf Zeit oder eine Elternzeitvertretung. Ohne Grund zu befristen ist daher völlig unnötig. Deshalb sollte die sachgrundlose Befristung einfach endgültig abgeschafft werden. Genau das fordern wir schon lange.

RECHT AUF HOME OFFICE

Im Pausenmodus ist die Bundesregierung auch beim Thema Homeoffice. Bereits im März kündigte Bundesarbeitsminister Hubertus Heil vollmundig an, er werde für ein verbrieftes Recht auf Homeoffice sorgen. Geschehen ist bisher nichts. Dabei arbeiteten 2017 nur elf Prozent der Beschäftigten in Deutschland gelegentlich von zu Hause aus. In den Niederlanden waren es mehr als dreimal so viele. Gleichzeitig wünschen sich rund 30 Prozent aller Beschäftigten die Möglichkeit, zeitweise von zu Hause aus arbeiten zu können. Grundlegendes Motiv ist der Wunsch nach mehr zeitlicher Autonomie. Daher wollen wir ein Recht auf Homeoffice und mobiles Arbeiten am selbstgewählten Ort einführen, das den Schutz der Beschäftigten nicht vernachlässigt und gleichzeitig Hürden für die Unternehmen abbaut. Ein solches Recht macht aus einem heutigen Privileg für wenige einen verbindlichen Anspruch für alle Beschäftigten, deren Tätigkeit mobiles Arbeiten ermöglicht. Ein entsprechender grüner Antrag liegt vor. Minister Heil lässt auf seine Initiative jedoch warten. Das Recht auf

DIE BUNDESREGIERUNG IM PAUSENMODUS.

ODER WIE DIE GROKO BEI SO MANCHEM ARBEITSMARKTPOLITISCHEN PROJEKT AUF ZEIT SPIELT

mobiles Arbeiten ist nach unserem Vorschlag für die Beschäftigten immer freiwillig. Homeoffice sollte auch immer nur alternierend sein als Ergänzung zum festen Arbeitsplatz. Nur so werden Beschäftigte nicht unsichtbar, beispielsweise wenn es um Aufstiegs- und Weiterbildungsmöglichkeiten geht. Gleichzeitig gilt auch für das mobile Arbeiten der Arbeitsschutz. Die tägliche Arbeitszeit ist durch das Arbeitszeitgesetz geregelt und die Beschäftigten sind aufgefordert, ihre Arbeitszeit sorgfältig zu dokumentieren, um der Entgrenzung von Arbeitszeit vorzubeugen.

DOKUMENTATION DER ARBEITSZEIT

Diese Regelung wäre ganz im Sinne eines Urteils des Europäischen Gerichtshofes (EuGH), der am 14. Mai 2019 entschieden hat, dass künftig die tägliche Arbeitszeit aller Beschäftigten erfasst werden muss. Bisher schrieb das Arbeitszeitgesetz nur vor, dass Überstunden dokumentiert werden müssen. Nun ist die Bundesregierung also am Zuge. Sie muss das Urteil zügig umsetzen. Doch wann dies geschehen wird, auch das steht bisher in den Sternen.

Ich habe die Bundesregierung bereits mit einer schriftlichen Frage und im Ausschuss für Arbeit und Soziales in der Sache um Aufklärung gebeten. Auf meine Frage, welchen Handlungsbedarf die Regierung nach dem EuGH-Urteil sieht, bleibt die Antwort ausweichend. „Eine endgültige Einschätzung der Auswirkungen des Urteils ist erst nach gründlicher Prüfung der Entscheidung des EuGH möglich“, schrieb das Arbeitsministerium. Dabei geht es der Regierung auch darum, zu überprüfen, welche „Ermessensspielräume“ das Urteil den Staaten einräumt. Im Ausschuss erläuterte die zuständige Staatssekretärin vor der Sommerpause, dass ihr Ministerium zunächst eine Studie abwarten will, die un-

tersuchen soll, inwiefern das EuGH-Urteil umgesetzt werden muss. Statt das Urteil endlich umzusetzen, spielt die Bundesregierung auch hier wieder auf Zeit. Das ist einfach unverantwortlich. Denn bei der Aufzeichnung der effektiv geleisteten Arbeitszeit geht es um den Gesundheitsschutz der Beschäftigten. Und der darf nicht zum Spielball einer zögerlichen Regierung werden.

NACHUNTERNEHMERHAFTUNG IN DER PAKETBRANCHE

Zu diesem Spielball werden derzeit viele Beschäftigte in der Paketbranche. Auch hier kündigte Bundesarbeitsminister Heil im März an, dass er per Gesetz für korrekte Arbeitsbedingungen und Sozialstandards in der Branche sorgen will. Mit einer so genannten Nachunternehmerhaftung soll sichergestellt werden, dass die in der Branche weit verbreiteten Subunternehmen faire Löhne und Sozialbeiträge für ihre Paketboten zahlen.

Das ist dringend nötig, denn die Paket- und Logistikbranche ist von einem intensiven Wettbewerb geprägt, der dazu geführt hat, dass die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten vielfach prekär sind. Viele Beschäftigten werden um ihren Mindestlohn betrogen. Verbreitet sind Leiharbeit, Werkverträge, Abrufkräfte, Scheinselbstständigkeit und häufig ein schwer zu durchschauendes Geflecht von Sub- und Subsubunternehmen. Betroffen davon sind insbesondere entsandte Beschäftigte aus osteuropäische Staaten. Wir haben mit einem Antrag auf diese Verwerfungen mit vielfältigen Forderungen reagiert. Vom Bundesarbeitsministerium gibt es zwar seit April einen Referentenentwurf. Seither ist aber nichts mehr passiert. Auch bei der Nachunternehmerhaftung für die Paket- und Logistikbranche hat die Bundesregierung also vom Ankündigungsmodus auf Pausenmodus umgestellt.



CEM ÖZDEMİR

VORSITZENDER DES AUSSCHUSSES
FÜR VERKEHR UND DIGITALE INFRASTRUKTUR

WWW.OEZDEMIR.DE

Tel. 030 / 227-75070, Fax 030 / 227-76069, cem.oezdemir@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Königstrasse 78, 70173 Stuttgart

Tel. 0711 / 65 83 29 00, Fax 0711 / 65 83 29 01, cem.oezdemir.wk@bundestag.de

WARUM DAS FAHRRAD EIN GEWINNERTYP IST

Krisen kurbeln den Erfindergeist an. So war es auch im Jahre 1815, als auf der indonesischen Insel Sumbawa ein Vulkan ausbrach. Asche und Staub trübten damals die ganze Erde ein, auch der Himmel über Deutschland wurde dunkel. Es folgte eine Hungerkrise, bei der die Menschen sogar ihre Pferde schlachten mussten, um nicht zu verhungern. Aber wie sollten sie nun von A nach B kommen? Not macht erfinderisch, und so war es ein Baden-Württemberger, Freiherr Karl von Drais, der eine Laufmaschine, sozusagen das Ur-Fahrrad, erfand.

Wenn wir heute in unsere Schulbücher schauen, lesen wir da einiges über Carl Benz, Gottlieb Daimler oder Wilhelm Maybach. Natürlich zurecht, nicht nur, weil sie aus Baden-Württemberg kommen, sondern weil sie mit der Entwicklung des Automobils unsere Welt maßgeblich verändert haben.

Aber dass wir Baden-Württemberger auch bei der emissionsfreien Mobilität Pioniere waren, ist weniger verbreitet. Auch die Erfindung des Fahrrads hat einen Platz in jedem verdient. Damals war das Fahrrad eine geniale Antwort auf eine Krise. Und auch in der Klimakrise kann es einen Beitrag zur Lösung leisten. Vorausgesetzt, auch die Bundesregierung nimmt es endlich ernst.

LEISTUNGSTRÄGER EINER MODERNEN, SAUBEREN UND BEZAHLBAREN MOBILITÄT

Das Rad war nie weg, aber galt einigen lange eher als Hobby denn modernes Verkehrsmittel. Heute ist es zurück als Leistungsträger einer modernen, sauberen und bezahlbaren Mobilität, die sich jede und jeder leisten

kann. Wenn man heute sieht, wie der Fahrradtourismus boomt, wie groß das Interesse an Pedelecs ist und wie voll die Fahrradwege in den Städten sind, dann ist klar: Die Mobilität von morgen ist ohne das Fahrrad undenkbar.

Schon heute rollt mit dem Fahrrad ein Teil der Verkehrswende auf der Straße. 50 Millionen Menschen fahren in Deutschland Fahrrad, 11 Millionen davon täglich. Sie alle schützen aktiv das Klima. Denn jeder Kilometer, der mit dem Rad statt dem Auto zurückgelegt wird, spart etwa 150 Gramm klimaschädliches CO₂ und 0,2 Gramm gesundheitsschädliche Stickoxide. Im wahrsten Sinne des Wortes eine saubere Sache!

Doch auch wenn wir uns die Klimakrise einmal wegdenken, gibt es viele gute Gründe, fahrradbegeistert zu sein. Fahrradfahren ist Freiheit, Lebensqualität und für viele einfach die schnellste und bequemste Wahl, um zur Arbeit, zur Uni oder in die Stadt zu gelangen. In Baden-Württemberg wird der grüne Weg, dank unserem grünen Verkehrsminister Winne Hermann, jetzt auch zum schnellen Weg.

Den direkten Vergleich mit dem Auto braucht das Fahrrad dank Pedelec und E-Bike dabei nicht zu scheuen. Als Kesselkraxler geht es komfortabel auf die Stuttgarter Halbhöhenlage oder über die schwäbische Alb. Und in Sachen Statussymbol schlägt ein gutes Rad auch jedes Auto: Wir haben Pedelecs für die Berufspendlerin, schneie Fixies für den Hipster am Marienplatz in Stuttgart-Süd und Cargobikes für die saubere Stadtlogistik.

WARUM DAS FAHRRAD EIN GEWINNERTYP IST

UND WIE WIR ES AUFS SIEGERTREPPCHEN HEBEN

FAHRRADFAHREN GEHÖRT IN DIE SCHULE GENAUSO WIE SCHWIMMEN

Fahrradfahren ist alles andere als elitär. Das Fahrrad ist ein Transportmittel, das potentiell die ganze Breite der Gesellschaft erreichen kann. Im Vergleich zum Auto ist es deutlich günstiger, im Erwerb wie im Unterhalt, verbraucht deutlich weniger Platz und ist äußerst flexibel einsetzbar. Dennoch hängt der Zugang zum Fahrradfahren immer noch mit Bildung und Integration zusammen. Deswegen bin ich gerne Schirmherr der AKTIONfahRRAD. Diese Initiative fördert Kinder, stellt Schulen Räder zur Verfügung und unterstützt bundesweit die Aus- und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern, damit Radfahren von Kindesbeinen an gelernt wird. Bei meinen Besuchen der Schulprojekte habe ich gelernt: Fahrradfahren gibt Kindern Selbstvertrauen. Die Kinder sind stolz, wenn sie mit dem Rad zur Schule kommen. Fahrradfahren ist eine Kulturtechnik und gehört für mich genauso in die Schule wie Schwimmunterricht. Und zwar für Jungen wie für Mädchen, egal woher sie kommen. Denn Fahrradfahren ist Integration und Emanzipation zugleich.

VERKEHRSSICHERHEIT IST DER LACKMUSTEST FÜR GUTE FAHRRADPOLITIK

Voraussetzung dafür ist, dass Fahrradfahren sicher ist. Verkehrssicherheit ist für mich der Lackmустest für gute Fahrradpolitik. Es ist unerträglich, wenn pro Tag eine Radfahlerin ums Leben kommt und alle sieben Minuten einer verletzt wird. Im letzten Jahr sind sogar wieder mehr Radlerinnen und Radler ums Leben bekommen. Den erschreckenden Anstieg jetzt vor allem damit zu erklären, dass immer mehr Leute radeln, käme einer Aufgabe der Verkehrspolitik im Bund gleich. Radfahren

bedeutet Freiheit, nicht wilder Westen. Das Radfahren sollte genauso sicher wie das Fahren im SUV sein. Wenn am Ende alle lieber Rad fahren als SUV, haben wir alle gewonnen. Und damit die Wirklichkeit wird, ist auch der Bund gefragt.

MEHR PLATZ FÜR EMISSIONSFREIE MOBILITÄT VON MORGEN

Die nicht abreißende Diskussion um E-Scooter & Co hat gezeigt: Es geht nicht darum, etwas zu verbieten, sondern darum, den Verkehrsraum neu aufzuteilen. Und es ist gut, dass es in der Fahrrad- und Mikromobilitätsszene inzwischen einen Schulterchluss gibt. Wir brauchen mehr Platz für alles, was emissionsfrei unterwegs ist. Konkret müssen wir die Straßenverkehrsordnung umbauen zu einer Verkehrsordnung, die eine faire Aufteilung des öffentlichen Raumes für Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmern sicherstellt. Und es geht um massive Investitionen in den Bau von neuen Rad- und Radschnellwegen. Baden-Württemberg geht hier voran. Wir Grüne fordern, dass auch der Bund mehr investiert. Für Radwege an Bundesstraßen wollen wir eine Verdreifachung der Mittel im Bundeshaushalt und den Bau von Fahrradparkhäusern soll der Bund mit insgesamt 200 Millionen Euro unterstützen.

DAS FAHRRAD GEHÖRT IN DIE BUNDESLIGA DER POLITIK

Wir haben das Fahrrad vor über 200 Jahren in Deutschland erfunden. Aber wenn wir ehrlich sind: Auf eine gute Radpolitik auch im Bund warten wir bis heute. Das Fahrrad ist ein Gewinnertyp, es ist sozusagen ein Superstar aus der eigenen Jugend. Und deshalb gehört es auch in die Bundesliga der Politik.



MARGIT STUMPP

SPRECHERIN FÜR BILDUNGS- UND MEDIENPOLITIK & DIGITALE INFRASTRUKTUR

WWW.MARGIT-STUMPP.DE Tel. 030 / 227-77236, margit.stumpp@bundestag.de

WAHLKREISBÜROS 1. Schnaitheimer Str. 40, 89520 Heidenheim an der Brenz, Tel. 07321 / 3530924, margit.stumpp.ma03@bundestag.de

2. Umwelthaus Aalen, Gmünder Str. 9, 73430 Aalen, Tel. 0151 / 50768901, margit.stumpp.ma05@bundestag.de

MEDIENVIELFALT UND PRESSEFREIHEIT SIND KEINE SELBSTVERSTÄNDLICHKEIT

Medienvielfalt und Pressefreiheit sind Grundpfeiler der Demokratie und leider auch in Europa nicht mehr überall selbstverständlich. Auch bei uns, auch in Deutschland nehmen gewaltsame Angriffe auf Medienschaffende zu. Deshalb ist es mir wichtig, mich als medienpolitische Sprecherin unserer Bundestagsfraktion für Medienvielfalt und Pressefreiheit einzusetzen. Gewalttaten gegen Journalistinnen und Journalisten dürfen nicht straffrei bleiben.

Besonders kritisch ist die Lage seit dem Putschversuch vor drei Jahren in der Türkei, die auf der Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen weltweit den 157. Platz einnimmt. Das Vorgehen der türkischen Regierung gegen Journalistinnen und Journalisten hat die Presselandschaft im Land nachhaltig verändert. Und es kommt zu immer neuen Angriffen. Unabhängiges Arbeiten, Recherchieren und Schreiben ist kaum möglich. Grundlose Inhaftierungen, monatelanges Warten auf eine Anklage und die Verschleppung der Strafprozesse sind an der Tagesordnung. Über hundert Journalistinnen und Journalisten wurden in der Türkei inhaftiert.

Die Vorwürfe zielen allesamt auf die Unterdrückung demokratischer Grundprinzipien ab. Sie laufen unter dem Deckmantel der angeblichen Terrorismusbekämpfung. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass Prozesse, die nicht mehr unter Beobachtung stehen mit drastischen Strafen abgeschlossen werden. Daher war ich auch im letzten Jahr mehrfach zu Prozessbeobachtungen in Istanbul

und Ankara, u. a. zur Beobachtung des Prozesses gegen die deutsche Staatsbürgerin und Journalistin Meşale Tolu. Den türkischen Behörden muss weiterhin klar sein, dass ihr Handeln kritisch beobachtet wird.

In allen Fällen, in denen Medienschaffende sowie Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger vor Gericht stehen, nur weil sie ihrer Arbeit nachgegangen sind, bleibt der sofortige und bedingungslose Freispruch das einzig vertretbare Urteil. Die oft beobachtete Vertagung von Prozessen belasten die Angeklagten und ihre Angehörigen massiv. Wie wir dies nun im Prozess gegen Deniz Yücel oder im Strafprozess gegen Can Dündar sehen können. Einen Hoffnungsschimmer liefert der Freispruch des Türkei-Experten von Reporter ohne Grenzen, Erol Önderoglu im Frühsommer 2019. Auch die Freilassung von Sebnem Korur Fincanci, dem Vorsitzenden der türkischen Menschenrechtsstiftung, und des Autors Ahmet Nesin sind zwar rechtstaatlich nur folgerichtig, aber dennoch erfreulich. Der Weg zu Rechtstaatlichkeit und Gewaltenteilung bleibt lang, Strafprozesse bleiben politische Schauprozesse.

MACHTWECHSEL IN ISTANBUL – EIN HOFFUNGSSCHIMMER IN DER TÜRKEI

Im letzten halben Jahr hatte ich zudem die Chance, die türkischen Kommunalwahlen zu beobachten. Hierzu war ich Ende März mit einer Beobachtungsdelegation in der Osttürkei, in Diyarbakir und bei der Wiederholung der Kommunalwahl im Juni in Istanbul. Die Beobachtungen und Gespräche vor Ort haben gezeigt, dass die Wahlen mit unterschiedlichen Methoden zum Teil un-

MEDIENVIELFALT UND PRESSEFREIHEIT SIND KEINE SELBSTVERSTÄNDLICHKEIT



geniert manipuliert wurden. Der Verlauf dieser Wahlen hält demokratisch-rechtsstaatlichen Kriterien nicht stand. Dennoch konnte die Opposition in vielen Städten sich gegen die AKP durchsetzen. In Istanbul siegte Ekrem İmamoğlu (CHP) mit etwa 24.000 Stimmen knapp vor dem ehemaligen Ministerpräsidenten Binali Yıldırım (AKP). Obwohl die AKP Einsprüche erhob, erklärte die Wahlbehörde İmamoğlu zum Sieger.

Nach dem weiterem Einspruch der AKP und der beantragten erneuten Auszählung mit einer Neubewertung von zuvor ungültigen Stimmzetteln betrug der Vorsprung von İmamoğlu immer noch rund 12.000 Stimmen. Aus diesem Grund erklärte ihn die Wahlkommission erneut zum Sieger. Dennoch annullierte der Hohe Wahlausschuss (YSK) auf Antrag der AKP, die eine „außerordentliche Beschwerde“ einlegte, das Wahlergebnis am 6. Mai 2019 wegen angeblicher Regelwidrigkeiten. Welcher Art diese gewesen sein sollen, ist nicht bekannt. Das Ergebnis der Wahlwiederholung bestätigt das Ergebnis vom März und zeigt noch deutlicher die große Zustimmung für die Person und den Kurs Ekrem İmamoğlus.

Nach innen wie nach außen konnte ich eine starke Wirkung beobachten. Uns wurde ausnahmslos mitgeteilt, dass es keine Anzeichen von Unregelmäßigkeiten gäbe. Die Tatsache, dass faire Wahlen zu einem deutlichen Wahlsieg eines Oppositionellen geführt haben schürt die Hoffnung, dass in der Türkei eine Entwicklung zu demokratischeren Verhältnissen, getragen von der Gesellschaft, möglich ist.

BETEILIGUNG JUNGER MENSCHEN AUSBAUEN

Apropos Demokratie: Bei den „Fridays for Future“-Protesten fordern junge Menschen gerade weltweit eine ambitionierte Klimapolitik und ihr Recht auf Mitwirkung ein. Dies greife ich mit meinem Antrag „Junge Menschen beteiligen“ auf. Darin fordere ich eine Absenkung des Wahlalters, einen Aktionsplan für Jugendbeteiligung sowie eine Stärkung der politischen Bildung und Demokratisierung der Schulkultur. Ich möchte, dass junge Menschen engagierte Demokrat*innen werden. Dafür müssen die Orte der Wissensvermittlung auch lebendige Werkstätten der Demokratie werden.

FLÄCHENDECKENDES MOBILES INTERNET IST TEIL DER DASEINSVORSORGE

Gesprächsabbrüche, ewiges Laden einer Webseite auf dem Handy und stockende YouTube-Videos unterwegs gehören in Deutschland nach wie vor zum Alltag. Daran wird auch die kürzlich von Minister Scheuer veröffentlichte Mobilfunkstrategie auf absehbare Zeit nichts ändern. Die Maßnahmen des Verkehrsministeriums werden als vage Ideen präsentiert und widersprechen sich stellenweise gegenseitig. Vergeblich sucht man nach einer verpflichtenden Roaming-Regelung, durch die Kundinnen und Kunden aller Netzbetreiber das bestehende Netz nutzen sowie Ausbaukosten und Mastendichte reduziert werden könnten. Ein leistungsfähiges Mobilfunknetz gehört heutzutage zur Grundversorgung und sollte als Teil der Daseinsvorsorge in den Universaldienst aufgenommen werden – damit gleichwertige Lebensverhältnisse keine Floskel ohne Inhalt bleiben.



GERHARD ZICKENHEINER

WWW.GERHARD-ZICKENHEINER.DE

Tel. 030 / 227-74535, Fax 030 / 227-76656, gerhard.zickenheiner@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Turmstraße 22, 79539 Lörrach

Tel. 07621 94 90 471, gerhard.zickenheiner.wk@bundestag.de

FÜR EUROPA, KLIMASCHUTZ UND DIE NACHHALTIGKEITSAGENDA 2030

Bald schon geht mein erstes Jahr im Bundestag zu Ende. Erst im Januar 2019 bin ich für Gerhard Schick nachgerückt, der nach sehr erfolgreichen 13 Jahren im Deutschen Bundestag sein Mandat niedergelegt hat. Im September 2017 knapp an einem Einzug in den Bundestag vorbeigerutscht, habe ich die Zeit danach genutzt, mich mit voller Energie meiner Arbeit im Kreistag von Lörrach und im Rat für Schienenverkehr in der Region sowie dem Aufbau einer Nebenerwerbslandwirtschaft zu widmen. Die Überraschung – und Freude – war also entsprechend groß, als ich von meinem Nachrücken erfahren habe.

Gerhard bin ich sehr dankbar dafür, dass er mich so frühzeitig informiert und einbezogen hat. Denn so hatte ich genug Zeit, unser Architekturbüro an meinen Geschäftspartner zu übergeben und mich vor meinem Mandatsantritt vollständig aus dem aktiven Berufsleben zurückzuziehen.

Von der GRÜNEN Bundestagsfraktion und der baden-württembergischen Landesgruppe wurde ich herzlich aufgenommen. Auch wenn es für die Fraktion zunächst nicht einfach war, mich unterzubekommen, habe ich letztlich meinen Platz im EU-Ausschuss und im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung (PBnE) eingenommen. Eine perfekte Kombination für mich, wie sich nach kurzer Zeit herausstellte: So kann ich mich sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene für die Umsetzung der Agenda 2030 einsetzen.

MIT GUTER ZUSAMMENARBEIT GRENZEN ÜBERSCHREITEN

Aus dem Dreiländereck Deutschland-Frankreich-Schweiz kommend, schätze ich grenzübergreifende Ko-

operation und Projekte. Und so verstehe ich auch Europa: nur gemeinsam kann unsere europäische Gemeinschaft gelingen und eine Zukunft für alle sichern. Dazu gehört auch der Kampf gegen die Klimakrise. Als Mitglied im Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union setze mich insbesondere für die europäische Dimension von Klimaschutz und die Umsetzung der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie ein. Im Ausschuss bin ich Berichterstatter zu den Ländern Spanien, Portugal, Italien, Rumänien und der Schweiz. Hier beobachte ich die schwierigen Regierungsbildungen in Spanien, den wirtschaftlichen Aufschwung nach der Krise in Portugal, die Spannungen zwischen Italien und der EU im Haushaltsstreit sowie die besorgniserregenden Entwicklungen zum Rechtsstaat in Rumänien. Besonders wachsam bin ich derzeit hinsichtlich der Schweiz: Seit nunmehr 4 Jahren laufen die Verhandlungen zum sogenannten „Rahmenabkommen“. Derzeit regeln etwa 120 Verträge die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU und sichern der Schweiz den Zugang zum europäischen Binnenmarkt. Zum Teil datieren diese Verträge auf die 1970er Jahre zurück und ohne eine regelmäßige Anpassung an die sich weiterentwickelnde Technik, verlieren sie ihre Relevanz oder gar ihre Gültigkeit. Das Rahmenabkommen regelt diese Anpassungsmechanismen und klärt, welche Instanz bei Streitfällen richtet. Hierbei ist man der Schweiz sehr entgegengekommen, dennoch mobilisiert u.a. die rechtsgerichtete SVP Teile der Bevölkerung gegen das Rahmenabkommen. In der Schweiz kann die Bevölkerung per Volksbegehren Gesetze aushebeln. Um dies zu verhindern, verlangen die übrigen Parteien von der EU zusätzliche Sonderregelungen, die die Schweiz z.B. bei der Lohnautonomie gegenüber europäischen Staaten begünstigen. Die EU aber kann sich, auch hinsichtlich des Brexit und den dort anstehenden Verhandlungen, kaum weitere Zugeständnisse leisten und verweigert

FÜR **EUROPA**, **KLIMASCHUTZ** UND DIE **NACHHALTIGKEITSAGENDA 2030**



weitere Anpassungen bestehender Verträge, aber auch neuer Abkommen, die, z.B. in Form eines schon geplanten Energieabkommens, dringend notwendig sind. Von den guten bilateralen Beziehungen sind über fünfzigtausend Arbeitsplätze in Baden-Württemberg und ein sehr großes Handelsvolumen auf beiden Seiten abhängig. Aus diesem Grund setze ich mich auf Podien und in persönlichen Gesprächen mit Politik und Medien insbesondere in der Schweiz für eine erfolgreiche und baldige Umsetzung des Rahmenabkommens ein.

KOMMUNEN KÖNNEN KLIMA

Wir wissen schon lange, dass beim Klimaschutz deutlich mehr getan werden muss. Je länger wir warten, desto drastischer und teurer werden die zu ergreifenden Maßnahmen sein. Im Juli habe ich am UN-Nachhaltigkeits- und am Klimaforum in New York teilgenommen. Eine große Chance für die internationale Gemeinschaft, die konkrete Umsetzung der 17 globalen Nachhaltigkeitsziele voranzubringen und auf den im September folgenden Gipfeln dem ganzen Prozess neue Schwungkraft zu geben. Leider hat sich die Staatengemeinschaft auf Sonntagsreden beschränkt, lauthals kritisiert von vielen NGOs, die fast überall die mangelhafte Umsetzung der Ziele reklamierten.

Das von der Bundeskanzlerin im September in Deutschland und danach in New York vorgestellte Klimapaket ist wie erwartet kein Klimagesetz aus einem Guss, das Hoffnung macht, die Klimaziele zu erreichen. Vielmehr besteht es aus hunderten kleinen Schritten, die zwar in die richtige Richtung stolpern, aber teilweise unsinnig teuer und wenig effizient erscheinen. Die wirklich großen Baustellen, wie die Streichung klimaschädlicher Subventionen und simple aber effiziente Maßnahmen wie Geschwindigkeitsbegrenzungen, fehlen. So schaffen wir die Einhaltung der Klimaziele nicht.

Ein Phänomen wird gegenwärtig auf allen Gipfeln und Kongressen zum Klima wahrgenommen: Städte und Kommunen gelten derzeit als Game Changer in der Klimakrise und der Umsetzung der Agenda 2030. Dort tut sich vieles, zum Teil schon lange in Form von unterschiedlichen Allianzen und Zusammenschlüssen zwischen Verwaltung, NGOs und Ehrenamt. Auch die GRÜNEN Orts- und Kreisverbände leisten hierbei hervorragende Arbeit. Etwa 70 Prozent des CO₂-Ausstoßes wird für oder in Städten generiert. Ein guter Grund, dort eine ökologische und soziale Transformation vorwärts zu entwickeln, durch die unsere Städte nachhaltiger werden und an Lebensqualität gewinnen. Viele Städte in Deutschland – mit Konstanz, Karlsruhe, Heidelberg und Bühl auch hier in Baden-Württemberg – haben dieses Jahr den Klimanotstand ausgerufen und handeln jetzt noch beherzter. Allerdings sind staatliche Förder- und Beratungsprogramme, die bei Stadtumbau, Infrastrukturausbau und Maßnahmen zur Resilienz der Städte helfen könnten, meist mit zu wenigen Mitteln ausgestattet und die kommunalen Kassen generell bereits strapaziert.

An dieser Stelle möchte ich mit meiner Arbeit im Bundestag anknüpfen. In einem Fachgespräch am 4. November 2019 in Berlin wollen wir zusammen mit Expert*innen aus ganz Europa, Wissenschaftler*innen und vielen Fachgästen sowie GRÜNEN Abgeordneten die Potenziale und Möglichkeiten für zukünftiges Handeln im Bereich Klimaschutz auf kommunaler Ebene diskutieren.

Die Ergebnisse der Diskussion sollen eine Grundlage für Positionspapiere und Anträge bilden, die ich gemeinsam mit den Fach-MdB-Büros in der kommenden Zeit ausarbeiten möchte.

Weitere Informationen zum Fachgespräch erhalten Sie gerne von meinem Team in Berlin – Kontaktdaten siehe oben!

BETREUUNGSWAHLKREISE

AALEN/ELLWANGEN	Margit Stumpp
ALB-DONAU	Margit Stumpp
BIBERACH	Agnieszka Brugger
BODENSEEKREIS	Agnieszka Brugger
BÖBLINGEN	Matthias Gastel
BREISGAU-HOCHSCHWARZWALD	Kerstin, Gerhard
CALW	Anna Christmann
EMMENDINGEN	Kerstin Andreae
ESSLINGEN	Matthias Gastel
ETTLINGEN	Sylvia Kotting-Uhl
FREIBURG	Kerstin Andreae
FREUDENSTADT	Beate Müller-Gemmeke
GÖPPINGEN	Matthias Gastel
HEIDELBERG	Franziska Brantner
HEIDENHEIM	Margit Stumpp
HEILBRONN	Harald Ebner
HOHENLOHE	Harald Ebner
KARLSRUHE	Sylvia Kotting-Uhl
KARLSRUHE/LAND	Danyal Bayaz
KONSTANZ	Matthias Gastel
KURPFALZ-HARDT	Danyal Bayaz
LÖRRACH	Gerhard Zickenheiner
LUDWIGSBURG	Cem Özdemir
MAIN-TAUBER	Harald Ebner
MANNHEIM	Franziska, Danyal
NECKAR-ODENWALD	Franziska Brantner
NECKAR-BERGSTRASSE	Franziska Brantner
ODENWALD-KRAICHGAU	Danyal Bayaz
ORTENAU	Kerstin Andreae
PFORZHEIM/ENZKREIS	Sylvia Kotting-Uhl
RASTATT/BADEN-BADEN	Sylvia Kotting-Uhl
RAVENSBURG	Agnieszka Brugger
REMS-MURR	Anna Christmann
REUTLINGEN	Beate Müller-Gemmeke
ROTTWEIL	Beate Müller-Gemmeke
SCHWÄBISCH GMUND	Harald Ebner
SCHWÄBISCH HALL	Harald Ebner
SCHWARZWALD-BAAR	Chris Kühn
SIGMARINGEN	Chris Kühn
STUTTGART	Anna, Cem
TÜBINGEN	Chris Kühn
TUTTLINGEN	Beate Müller-Gemmeke
ULM	Margit Stumpp
WALDSHUT	Gerhard Zickenheiner
WANGEN	Agnieszka Brugger
ZOLLERNALB	Chris Kühn

SÜDWESTGRÜN erscheint drei- bis viermal im Jahr. Darin berichten wir als Landesgruppe Baden-Württemberg der grünen Bundestagsfraktion von unserer Arbeit.

SÜDWESTGRÜN wird als E-Mail mit PDF-Anhang versandt. Wer den Rundbrief regelmäßig beziehen möchte, schreibe bitte eine E-Mail mit dem Betreff „Abo Südwestgrün“ an harald.ebner@bundestag.de. Abmeldungen und Feedback aller Art bitte ebenfalls an diese Adresse!

Aufgrund der großen Distanz zwischen Baden-Württemberg und Berlin können wir selbst nicht so oft in den Wahlkreisen unterwegs sein wie wir es gerne möchten. Daher seid ihr, die Grünen in Baden-Württemberg, unser stärkstes Bindeglied „ins Ländle“. Für uns ist es wichtig zu erfahren, was euch konkret auf den Nägeln brennt.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Wahlkreisbüros sind vor Ort für euch und eure Anliegen da und stehen in engem Kontakt mit uns Abgeordneten in Berlin. Eure Ideen und euer Engagement sind eine wichtige Ergänzung zu unserer parlamentarischen Arbeit!

Da wir nicht in jedem Wahlkreis mit einer/einem eigenen MdB vertreten sind, haben wir das System der Betreuungswahlkreise eingerichtet. In der Liste links seht ihr, wer von uns für euren Wahlkreis zuständig ist.

Mehr aus der Bundestagsfraktion immer aktuell unter **WWW.GRUENE-BUNDESTAG.DE**

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Harald Ebner, MdB (Landesgruppensprecher)
 Redaktion & Gestaltung: Sönke Guttenberg
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin
 Tel. 030 / 227 73025
 Fax 030 / 227 76025
harald.ebner@bundestag.de